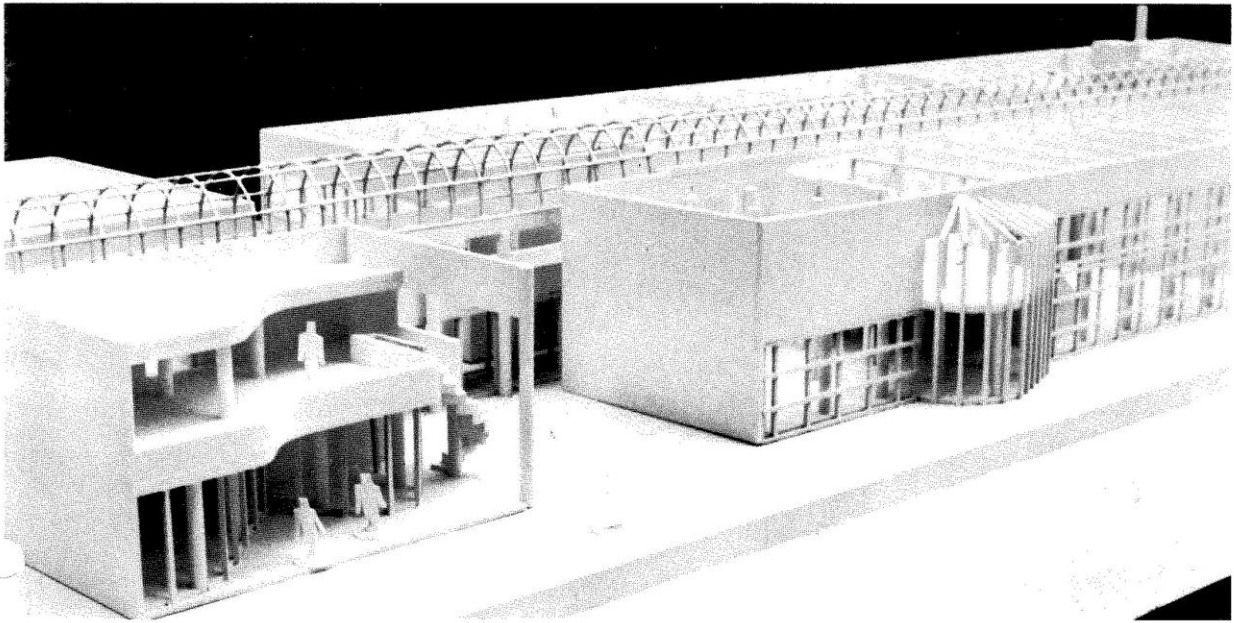




Planungsjahr. Über alle mit der Bauausführung zusammenhängenden Fragen entscheidet der Bezirk im Benehmen mit dem Bezirksjugendring.

Nach der Bezugsfertigkeit übernimmt der Jugendring den Betrieb der Jugendbildungs- und Begegnungsstätte. Er trägt auch die Betriebskosten, ausgenommen die Grundsteuer und den großen Bauunterhalt. Beides übernimmt der Bezirk. Mit der Inbetriebnahme der Jugendbildungsstätte richtet der Jugendring ein Kuratorium ein, dem 3 Vertreter des Jugendrings, 3 Vertreter des Bezirks, 1 Jugendpfleger aus dem Bezirk Schwaben und der Leiter der Jugendbildungsstätte angehören. Vorsitzender des Kuratoriums ist ein Vertreter des Jugendrings.

→ Aufgabe des Kuratoriums ist es, in Verantwortung gegenüber dem Bezirksjugendring die Arbeit der Jugendbildungsstätte zu

beraten und zu fördern. Das Kuratorium nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

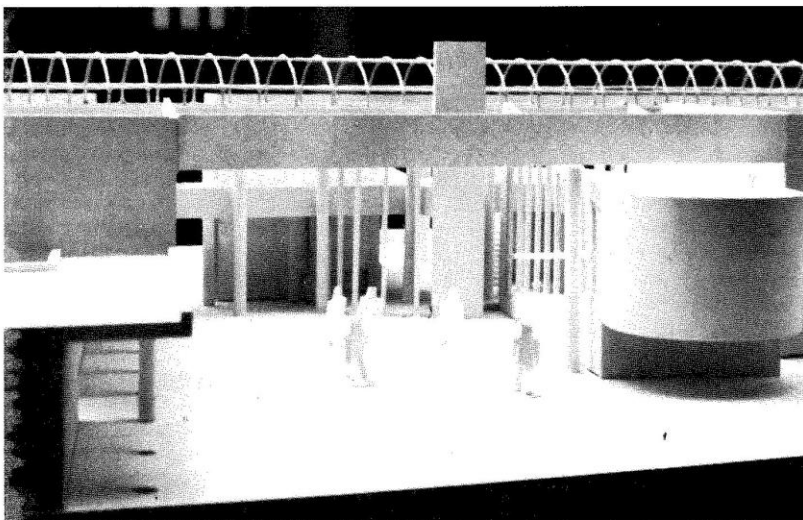
- * es schlägt dem Vorstand des Bezirksjugendrings im Benehmen mit dem Bezirkstagspräsidenten den Leiter vor;
- * es schlägt die pädagogischen Mitarbeiter vor;
- * es nimmt zur jährlichen Arbeits- und Finanzplanung Stellung;
- * es berichtet regelmäßig über die Tätigkeit und die Entwicklung der Jugendbildungsstätte;
- * es wird in Konfliktfällen als Vermittler tätig.

Schwaben dürfte mit der geplanten Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Lindau etwas Mustergültiges schaffen. Neue Akzente in der überörtlichen Jugendarbeit werden gesetzt. Die Selbstverwaltung der Jugendorganisations-

nen, verkörpert durch den Jugendring, wird gewahrt, die öffentliche Hilfe tritt unterstützend zur Seite. Es bleibt zu hoffen, daß die Jugendbildung in Schwaben neu belebt, verdeutlicht und akzentuiert wird, und daß sich durch das Treffen schwäbischer und anderer, auch ausländischer Jugendlicher, der Geist der Weite mit der Heimatliebe verbindet.

Bezirk und Naturschutz

Ist der Bezirk gegen den Naturschutz? Ist der Naturschutz gegen die Jugend? Um diese Fragen scheint in Lindau die bisher heile Welt in Unordnung geraten zu sein. Dabei hatte doch alles so vielversprechend angefangen. Die Stadt wollte ihr Ufergrundstück für eine Jugendeinrichtung nutzen. Wegen der hohen Kosten suchte man potente Partner und fand sie im Bezirk und im Bezirksjugendring. Die Idee einer internationalen Jugendbildungs- und -begegnungsstätte war geboren, wie sie andernorts längst besteht. Das Dreiländereck am Bodensee erschien hierfür besonders geeignet, nicht dagegen das Grundstück der Stadt, dem der Naturschutzbeirat einen hohen botanischen und ökologischen Wert bescheinigte. Zufällig stand ein benachbartes Grundstück zum Verkauf, das auch nach der Ansicht der Naturschützer für diesen Zweck gut geeignet ist. Auf Drängen der Beteiligten erwarb es der Bezirk, dem ein wohlverständener Naturschutz schon immer ein besonderes Anliegen war. Als die Stadt das benachbarte Livanagelände samt den häßlichen Fabrikgebäuden erwirbt, ist der Bezirk sofort bereit, seine Uferzone gegen das Hinterland zu vertauschen und somit noch mehr Ufer frei der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.



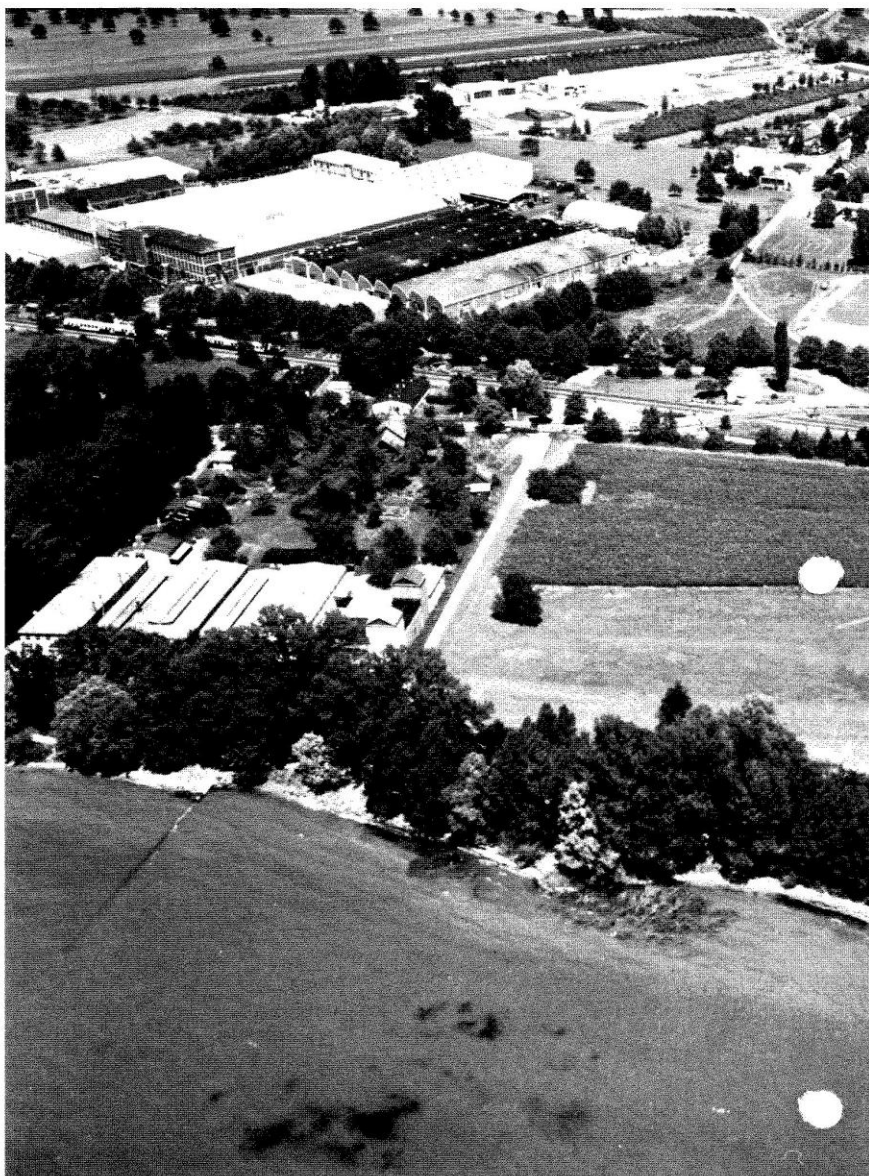
Soweit die Vorgeschichte, die eigentlich noch nicht erkennen läßt, warum die Interessen des Bezirks mit seiner Jugendeinrichtung und des Naturschutzes nicht miteinander vereinbar wären. In seinem jetzigen Zustand ist das Ufergelände in dem angesprochenen Bereich sicher kein Schmuckstück. An dem Erhalt dieses Zustandes kann eigentlich niemand, auch nicht ein wohlverständener Naturschutz, interessiert sein. Eine sinnvolle Bebauung, wie sie der Bezirk vorhat und mit allen Beteiligten abzusprechen bereit ist, würde eine wesentliche Verbesserung bedeuten, auch für den sicher notwendigen Naturschutz, dessen Grundgedanken hier wie kaum anderswo der Jugend nähergebracht werden könnte. Vielleicht sollte man doch noch einmal ins Gedächtnis rufen, was der Naturschutzbeirat im Februar 1975 in seiner Stellungnahme zu den Plänen des Bezirks ausgeführt hat:

»Das Grundstück hat keine besondere botanische und ökologische Bedeutung. Die Kulisse zum See hin würde durch Gebäude nicht verändert werden; die Bäume würden jede Bebauung vom See aus unsichtbar werden lassen.

Ein internationales Jugendzentrum dient einem öffentlichen Zweck. Durch die ständig wechselnde Belegung käme eine Vielzahl von Jugendlichen aus vielen Ländern in den Genuß der schönen Bodenseelandschaft.

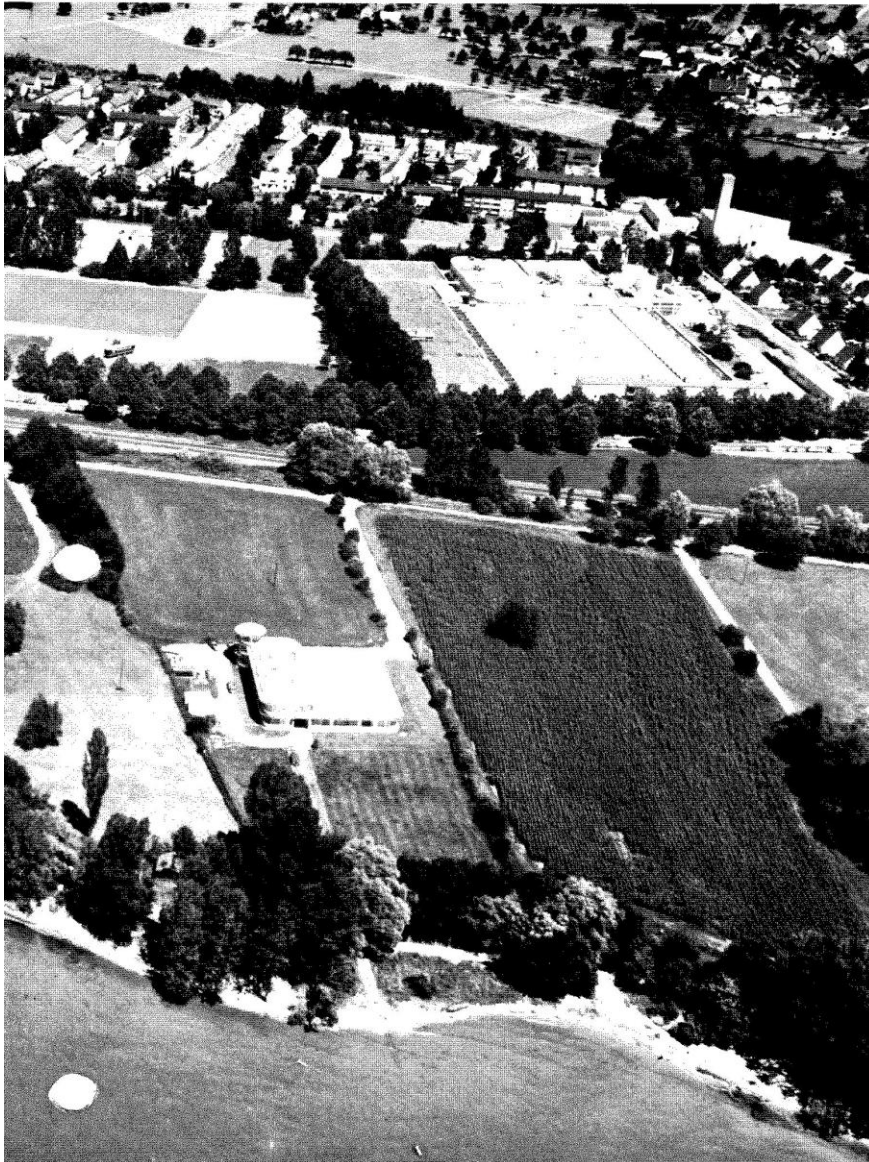
Vielleicht kann gerade der Standort im gefährdeten und belasteten Bodenseeufergebiet mithelfen, die Jugendlichen auf die Grenzen der Landschaftsbelastbarkeit hinzuweisen und sie für die Probleme einer Überserschließung empfänglich zu machen.«

Der Bezirk hat dem nichts hinzuzufügen, ausgenommen vielleicht, daß die Einbeziehung der Livanagrundstücke es noch besser ermöglichen, den Naturschutzinteressen zu entsprechen.



Chronologie der Verhandlungen

19. Juli 1973	Erstes Gespräch zwischen Vertretern des Bezirks, der Stadt, des Landkreises und des Jugendrings.
Januar 1974	Vorlage eines Grundkonzepts für die geplante Jugendbildungs- und -begegnungsstätte durch den Bezirksjugendring.
Februar 1975	Der Naturschutzbeirat des Landkreises Lindau lehnt die Bebauung des städtischen Grundstücks ab und stimmt der Errichtung auf dem jetzt vorgesehenen Grundstück zu.
6. August 1975	Das Landratsamt als untere Naturschutzbehörde erklärt sich mit dem Vorhaben einverstanden.
11. November 1975	In einem Behördengespräch in Lindau wird vereinbart, das Vorhaben nicht im Ausnahmewege, sondern auf der Grundlage einer Änderung der Landschaftsschutzverordnung und eines aufgestellten Bebauungsplanes zu verwirklichen.
18. November 1975	Abschluß des notariellen Kaufvertrags.
17. Dezember 1975	Stadtrat Lindau beschließt, einen Bebauungsplan aufzustellen.
17. Dezember 1976	Bezirkstag stimmt dem Vertrag zwischen Bezirk und Jugendring zu, der dann am 30. Juni 1977 abgeschlossen wird.
1978/79	Durchführung eines Bauwettbewerbs, in den auch die Livanagrundstücke einbezogen werden.



DIETER SCHMITT

Es muß als besonderer Glücksfall bezeichnet werden, daß der Bezirk Schwaben 1975 ein noch unbebautes Seeufergrundstück südöstlich von Lindau erwerben konnte.

Das Luftbild zeigt die Nachbarschaft: Rechts das Versuchsinstitut des Motorenbauers Felix Wankel, links das Fabrikgelände der ehemaligen Schokoladenfabrik Livana, daran anschließend der Park der Villa Leuchtenberg. Im Mittelgrund ist die Bahnlinie Lindau–Bregenz und die parallel dazu verlaufende Bundesstraße 31 zur bayerisch-österreichischen Staatsgrenze erkennbar, im Hintergrund der Ortsteil Lindau-Zech mit umfangreichen Fabrikanlagen und halblinks eine überregionale Kläranlage. Der gesamte Uferstreifen zwischen Bahnlinie und Seeufer ist Landschaftsschutzgebiet, wobei gerade das Luftbild zeigt, wie relativ dieser Begriff aufzufassen ist.

Luftbild: Thorbecke, Lindau

Im Laufe des Jahres 1979 wurden in Lindau Bedenken gegen die seit über 5 Jahren laufenden Planungen laut, nachdem die Bauwünsche anderer damit verbunden waren. Dies führte schließlich zur Aussetzung des Vollzugs eines positiven Stadtratsbeschlusses und zu weitgehend in der Öffentlichkeit ausgetragenen Auseinandersetzungen um Landschaftsschutz und Jugendbildungsstätte.

Bei der abgebildeten Skizze handelt es sich um eine Prinzip-Skizze des Landbauamtes, die eine möglich erscheinende, veränderte Anordnung der Baukörper des 1. Preisträgers zeigt.



In der Zwischenzeit konnte die Stadt Lindau das Livana-Grundstück erwerben, so daß der gesamte Seeuferstreifen zwischen der Parkanlage der Villa Leuchtenberg und dem Institut Wankel einerseits sowie der Bahnlinie und dem Seeufer andererseits zur Planung der Jugendbildungs- und Begegnungsstätte zur Verfügung gestellt werden konnte, allerdings mit der Auflage, die seenahen Flächen von einer Bebauung freizuhalten. Die beiden Grundstückseigentümer, Stadt Lindau und Bezirk, werden durch Tausch einen Flächenausgleich vornehmen, so daß später der gesamte Seeuferstreifen mit dem wunderschönen Baumbestand der Öffentlichkeit uneingeschränkt als Erholungs Gelände zur Verfügung stehen wird.

Die Lage Lindaus im Dreiländereck Bundesrepublik Deutschland – Österreich – Schweiz ermöglicht in besonderer Weise die internationale Jugendbegegnung und bietet der Jugend eine Vielzahl von Gelegenheiten, sich sportlich zu betätigen, sich zu bilden und die Natur zu erleben. Es liegt auf der Hand, daß ein Optimum hinsichtlich der Gestaltung eines derartigen Projektes allein durch einen Bauwettbewerb erreichbar ist und zwar innerhalb eines Teilnehmerkreises, der mit den örtlich-landschaftlichen Gegebenheiten vertraut ist.

Der Teilnehmerkreis eines ausgeschriebenen Architekten Wettbewerbs erstreckte sich daher auf den Regierungsbezirk Schwaben, die württembergische Planungsregion Bodensee-Oberschwaben und Hochrhein, das österreichische Bundesland Vorarlberg, die am Bodensee anliegenden schweizerischen Kantone St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen und Zürich und das Fürstentum Liechtenstein. Von dieser Teilnahmemöglichkeit haben insgesamt 44 Architektenteams, davon 39 aus der Schweiz, Gebrauch gemacht. Das im Dezember 1978 zusammengetretene Preisgericht erkannte dem Züricher Büro E. Dachtler und Dr. E. Nigg den 1. Preis zu und sprach gleichzeitig die Empfehlung aus, den Verfasser der mit dem 1. Preis ausgezeichneten Arbeit mit der Weiterbearbeitung zu beauftragen.

Die gewählte Bauform in ihrem äußeren Erscheinungsbild als eigenständiges Bauwerk wird aus der Sicht der Landschafts- und Freiraumplanung wegen seiner zurückhaltenden Einfachheit und Geradlinigkeit besonders begrüßt.

Die von den Schweizer Architekten gewählte Formensprache besticht durch Klarheit und Konsequenz. Sie macht gar nicht erst den Versuch, durch eine an dieser Stelle sicherlich nicht angebrachte

»Anpassungsarchitektur« (siehe Luftbild) einen Riesenbauernhof vorzutäuschen, sondern spiegelt selbstbewußt Tendenzen heutiger Architekturentwicklung. Wer genau hinsieht, bemerkt, daß dies bereits wieder eine Baukunst ist, die sich zu Traditionen bekennt: Die Bauhaus-Renaissance hat ebenso ihre Spuren hinterlassen wie die Hallenarchitektur des 19. Jahrhunderts mit ihrer Vorliebe für gläserne, einfache, stereometrische Bauelemente, wie sie am bekanntesten die Kristallpaläste dokumentiert haben.

Die geistige Verwandtschaft zur Architektur des Amerikaners Richard Meyer wird verständlich, wenn man weiß, daß Dr. Nigg 4 Jahre in New York studiert und als »assistent professor« gelehrt hat.

Auf einer Informationsreise nach Zürich konnten sich Mitglieder des Bezirks und des Bezirksjugendringes von der Qualität der ausgeführten Bauten des Architekten überzeugen. Besonders wohlwollend eine solide und sorgfältige Behandlung aller Details auf.

Man darf deshalb mit Recht erwarten, daß das Jugendbildungs- und -Begegnungszentrum Lindau schon durch seine architektonische Qualität internationales Interesse erwecken wird.

Lindauer Zeitung, 01.08.1979

Nur zu Wahlzeiten wird sich des Volkes erinnert

Demokratie, wohin bist du entschwinden? Der 3. 7. 1979 war kein Ausrutscher. Was ich nicht zu glauben vermochte, wiederholte sich in Scheidegg: Des Volkes Wille gilt nichts. Die Mehrheit des Kreistages legte dafür ein beklemmendes Zeugnis ab. Wer die Sitzung im fernen Scheidegg verfolgt hat, kann nur zu dieser Bewertung kommen. Dem ersten Vertreter des Landkreises drang bei seinen Ausführungen kein einziges Wort — dafür verbürge ich mich — über die Lindauer Protestbewegung von 7000 Menschen über die Lippen. Wohl nur zu Wahlzeiten wird sich wieder des Volkes erinnert. Es ist dann nur zu hoffen, daß sich dann das Volk an diese Vorgänge erinnert.

In der Sitzung wurde statt dessen ein verwirrender Rechenschaftsbericht darüber abgeliefert, wie rechtlich einwandfrei die Sache mit der Jugendbegegnungsstätte und den weiteren Bauten doch abgesichert sei. Die Verwirrung ergriff auch ein Kreistagsmitglied, indem es bekannte, sich in dieser Juristerei nicht zurecht zu finden. Daneben wurde die Nibelungentreue gegenüber dem Bezirk beschworen, man könne doch sein einmal vor 5 Jahren gegebenes Wort nicht brechen. Das in allen Ehren. Doch vermifchte ich den Versuch, auf Alternativvorschläge einzugehen, wie es ja auch von München angeregt worden ist. Als nämlich beantragt wurde, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verlegen, um einen neuen Standort auszumachen, wurde dies per Mehrheitsbeschluß verworfen, vorweg aber mit der Anmerkung, hier und heute müsse entschieden werden. Offenbar wollte man sich endgültig diesen schweren und politisch angereicherten Klob »Auf den Wäsen« vom Halse schaffen, um unbelastet in die Ferien gehen zu können.

Der Landrat verhehlte nicht, daß der Landschaftsschutz einen immer höheren

Stellenwert erlange. Das treffe auch für das Bodenseeufer zu. Ein Umdenken sei ein Gebot der Stunde. Diese Stunde dürfe aber erst nach dem Bau der geplanten Vorhaben schlagen. Schließlich stehen bereits an die 20 öffentliche Bauten im Landschaftsschutzgebiet Bodenseeufer zwischen Nonnenhorn und Lindau-Zech. Das hieße also, auf die Bauvorhaben in Zech komme es jetzt auch nicht mehr an. In gleicher Denklage befand sich ein weiterer Befürworter. Er verkündete, man wolle der schwäbischen Jugend durch den Bau »Auf den Wäsen« die Schönheiten des Bodensees vor Augen führen. Also betonierte Schönheit vor natürlicher Schönheit! Ist das nicht eine Art Bewußtseinspaltung?

Aufkommende Zweifel, ob denn nicht durch die Genehmigung der Bauten in Zech Bezugsfälle sich ergeben könnten, wurden mit dem Satz erstickt, man glaube nicht daran. Ob die Gerichte dies auch glauben werden?

Bestürzend nahm sich auch die Mitteilung des Landrats aus, er hätte über die Rechtmäßigkeit des Aussetzungsbeschlusses vom 5. 7. 1979 befinden müssen. Wie konnte ein Mann wie Henninger, der sich in der Sache derart festgelegt hat, anders entscheiden, als den Lindauer OB zu »urteilen« und den sofortigen Vollzug des Stadtratsbeschlusses anzuordnen. Befangenheit ist hier also kein Hinderungsgrund.

Um mit Rainer Barzel zu sprechen: Ich gucke da nicht mehr durch.

Und da beklagen sich Bezirk und Landrat noch, daß der Kampf um die Bewahrung des Ufers »emotional« vonstatten gehe. Mich wundert das nicht.

Es läßt sich nicht leugnen. Die Mehrheit des Kreistages hat sich gegen den

Landschaftsschutz in Zech ausgesprochen. Hinter der Mehrheit des Kreistages steht aber nicht die Mehrheit des Volkes. Der Landrat hat sich also vorerst durchgesetzt. Willig folgte ihm die Mehrzahl in der Kreistagsrunde.

Aber noch ist die Sache nicht verloren. Noch haben wir einen OB, der auf des Volkes Stimme hört. Wacker verteidigte er vor dem Kreistag den Wunsch der Lindauer Bevölkerung auf Schutz des Ufers. Ihm gilt es jetzt den Rücken zu stärken. Und noch gibt es die Bürger Lindaus, die dem eigennützerischen Denken einer kleinen Gruppe eine noch größere Abfuhr erteilen könnten als bisher. Wer könnte daran vorbeigehen? Das Bodenseeufer darf nicht sterben. Wir haben es nur einmal. Die Bregenzer Verhältnisse sind wahrlich nicht nachahmenswürdig. Wir sollten nicht so tun, als ob uns in unserer engen Heimat die Weiten Rußlands zur Verfügung stünden.

Erich Jörg
Brougierstraße 51

LINDAUER ZEITUNG - SCHWABISCHE ZEITUNG
899 Lindau (B), Inselgraben 6, Postfach 1460, Tel. 50 05.
Lokalredaktion: Manfred Maurer (verantwortlich), Hans-Jürgen Neumeyer, Hedwig Tieze, Michael Urbanzyk.
Geschäftsleitung und verantwortlich für den Anzeigenteil: Ursula Oppermann, Lindau, Inselgraben 6.
Monatlicher Bezugspreis DM 16,50, einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer, Zustellungs- und Inkassopauschale; durch die Post DM 17,10 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer und Postgebühren. Die Bezugsgebühr ist im voraus fällig. Die Beendigung eines Abonnements muß bis zum 20. des Vormonats schriftlich bei der Geschäftsstelle vorliegen. Höhere Gewalt und Streik ergeben keinen Ersatzanspruch. Es gilt Anzeigentarif Nr. 31; Satz, Platz u. Aufnahmezeit f. Anzeigen ohne Gewähr.
Geschäftszeiten: Montag bis Freitag 8-12 und 13-17 Uhr.

Stadtrat beschließt: Bebauungsplan „Auf den Wäsen“ erst ab Anfang September auslegen

OB legt Widerspruch gegen den Bescheid des Landrats ein „In einer Demokratie ist des Bürgers Wille zu beachten“

Gegen eine Stimme (Dr. Winfriede Behrendt) hat der Stadtrat am Dienstagabend in öffentlicher Sitzung beschlossen, den Bebauungsplan „Auf den Wäsen“ erst ab dem 3. September öffentlich auszulegen. Auf diese Weise soll (nach einem Antrag von Rolf Fackelmayer) eine möglichst umfassende Information für den Bürger erreicht werden. In einer schriftlichen Erklärung hatte Oberbürgermeister Josef Steurer zuvor mitgeteilt, er habe gegen den Bescheid des Landrats, den ausgesetzten Stadtratsbeschluss vom 3. Juli unverzüglich wieder in Kraft zu setzen, Widerspruch eingelegt.

Die Erklärung des Oberbürgermeisters zum umstrittenen Bebauungsplan „Auf den Wäsen“ im Wortlaut: „Wie Ihnen allen bekannt ist, habe ich den Vollzug des Stadtratsbeschlusses vom 3. Juli 1979 die Auslegung des Bebauungsplanes „Auf den Wäsen“ betreffend, ausgesetzt. In zwei Fraktionsvorsitzendenbesprechungen wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß erst nach einer Besprechung bei der Regierung von Schwaben entschieden werden soll, ob es erforderlich ist, meine Aussetzungsverfügung der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen oder nicht. Trotz dieser klaren Absprache lagen der Regierung von Schwaben bereits zum Zeitpunkt der Besprechung am 9. Juli 1979 diesbezügliche Anfragen der CSU- und der LWG-Stadtratsfraktionen vor.

Am 24. Juli habe ich meine Aussetzungsverfügung, die Ihnen allen zugegangen ist, dem Landratsamt zugeleitet.

Am 27. Juli hat Landrat Henninger diese meine Verfügung aufgehoben und den sofortigen Vollzug seiner Entscheidung angeordnet.

Weisungsgemäß habe ich folgende Verfügung an meine Verwaltung gegeben:

„Das Stadtbauamt wird angewiesen, den Bebauungsplan Nr. 75 „Auf den Wäsen“ in der Bebauungsplanzeichnung, im Sat-

zungstext und in der Begründung entsprechend dem Beschluß des Stadtrates vom 3. Juli 1979 vorzubereiten, damit er baldmöglichst nach den Bestimmungen des BBauG ausgelegt werden kann.“

Ungeachtet dessen bin ich auch heute der Meinung, daß meine Entscheidung, den Vollzug des Stadtratsbeschlusses vom 3. Juli 1979 auszusetzen, richtig war. Aus diesem Grunde und in dieser Überzeugung habe ich gegen den Bescheid des Landrates Widerspruch bei der Regierung von Schwaben eingelegt und zusätzlich beantragt, die sofortige Vollziehung des Landratsbescheides auszusetzen.“

Außerdem verlas der Oberbürgermeister ein Schreiben von Regierungspräsident Frank Sieder an den CSU-Fraktionsvorsitzenden Walter Herles, das die Antwort auf die CSU-Anfrage darstellte, ob der OB mit seiner Aussetzungsverfügung die Amtspflicht verletzt habe. In der Antwort der Regierung heißt es unter anderem: „Der Bezirksjugendring hat erklärt, daß für ihn ein anderer Standort in Lindau nicht in Betracht kommt.“

In seiner Erklärung nimmt der OB dann Bezug auf die Antwort an die CSU:

„Mit diesem Schreiben wird eindeutig bestätigt, daß keiner, weder ich noch mei-

ne Verwaltung, falsche Informationen herausgegeben hat.

Auch die Äußerungen der Vertreterin des Umweltministeriums, wonach das Ministerium den Bezirk Schwaben ersuchen werde, sich doch um Alternativgrundstücke zu bemühen, um Bezugsfälle zu vermeiden, sind richtig wiedergegeben worden, da ich selbst und die Vertreter der Regierung Zeugen dieser Feststellungen waren.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß in einer Demokratie der Wille des Bürgers zu beachten ist und daß mit dem Landschaftsschutz nun Ernst gemacht werden muß.

Dazu aber gehört ein Anfang und nicht ein letzter oder ein allerletzter Fall, und so weiter ...“

Zu Beginn der kurzen Diskussion, legte Anneliese Spengler Wert auf die Feststellung, daß ihre Fraktion der Lindauer Wählergemeinschaft bei der Regierung keine Klärung von Rechtsfragen angestrebt habe, daß es vielmehr lediglich um mögliche Konsequenzfälle gegangen sei.

Genugtuung über das Einlegen von Rechtsmitteln gegen den Aufhebungsbescheid des Landrats, äußerte Dr. Klaus Zobel, bedauerte jedoch zugleich, daß ein solches Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung besitze. Es stehe also zu befürchten, daß die Auslegung inmitten der Urlaubszeit erfolge, und bereits abgeschlossen sei, bevor der Stadtrat wieder zu einer Sitzung zusammenkomme. Die Eile des Landrats erfolge nicht ohne Berechnung. Zobel kündigte an, er werde alle notwendigen Schritte unternehmen,

um einer Zerstörung der Bodenseelandschaft Einhalt zu gebieten.

SPD-Fraktionsvorsitzender Rolf Fackelmayer appellierte an alle seine Kollegen im Stadtrat für eine spätere Auslegung und erhob dies mit der Feststellung, es sei noch niemals eine Auslegung während der Ferienzeit erfolgt, zu einem offiziellen Antrag. Dem Bürger müsse auf jeden Fall die Möglichkeit gegeben werden, sich in den Prozeß der Meinungsbildung einzuschalten. Einer solchen Ansicht müßte sich auch die CSU-Fraktion anschließen, meinte der SPD-Sprecher und fügte in Richtung CSU hinzu: „Wenn Ihnen noch soviel Mut gelassen wurde!“ Gewissen Bedenken über die Rechtmäßigkeit eines solchen nicht schriftlich eingereichten Antrags widersprach Fackelmayer mit einem Hinweis auf die Zulässigkeit von Initiativen. Und als Erik Otto Krebs-Bedenken äußerte, „ob wir überhaupt abstimmen können“, meldete sich Michael Zeller zu Wort: „Das wäre noch schöner, wir sind schließlich in Lindau die höchste Instanz.“

Zu diesem Zeitpunkt bat die CSU-Fraktion um Bedenkzeit über den Antrag Fackelmayers. Nach etwa zehn Minuten erklärte CSU-Fraktionsvorsitzender Walter Herles, es werde dem Antrag zugestimmt, doch solle die Auslegung, nicht erst am 15., sondern bereits ab dem 1. September (in der Praxis ab Montag, 3. September) erfolgen. Bevor abgestimmt wurde sprach Bürgermeister Josef Euringer noch von der Wichtigkeit, jetzt wieder Beruhigung zu erwirken und dem Bürger die größtmögliche Information zukommen zu lassen. -rer

OB Steurers Widerspruch überhaupt zulässig?

LINDAU (lb) - Der Streit um die Bodensee-Uferbebauung bei Lindau ist noch nicht ausgestanden. Nachdem der Lindauer Stadtrat mit CSU-Mehrheit der Bebauung zugestimmt und Oberbürgermeister Josef Steurer diesen Beschluß aufsetzte, muß sich jetzt die Bezirksregierung von Schwaben mit einem Novum befassen. Sie muß über den Widerspruch des Stadtoberhauptes gegen die Verfügung des Landrats Klaus Henninger entscheiden, der wiederum den sofortigen Vollzug des Stadtratsbeschlusses angeordnet hat. Wie ein Sprecher der Bezirksregierung gestern betonte, zerbrechen sich derzeit die Rechtsexperten im Regierungspräsidium den Kopf, ob der Widerspruch überhaupt zulässig ist. Dem Oberbürgermeister bliebe andernfalls nur der Weg zum Verwaltungsgericht, um die Verfügung des Landrats anzufechten.

Und wieder soll ein Paradies verloren gehen

Wie einen Schlag ins Gesicht empfand ich die Nachricht, daß im Landschaftsschutzgebiet der beabsichtigten Bebauung nun doch — und zwar auf Betreiben der CSU-Kreistagsfraktion — zugestimmt wurde. Wieder wird ein Stück eines der schönsten Landschaftsgebiete blindwütigen „Fortschritt“ geopfert. Wie lange noch, und weitere Genehmigungen werden folgen, ist erst mal ein Präzedenzfall geschaffen. Langsam aber sicher verurteilt man ein Feriengebiet zu Tode. Ein Feriengebiet, dessen Bewohner überwiegend vom Fremdenverkehr leben. Hat sich denn keiner der Herren mal Gedanken darüber gemacht, was den Gast am Bodensee anlockt? Bestimmt nicht Betonklötze oder Zirkuskuppeln (Beispiel Feustel), auch nicht die immer mehr werdenden „Boote“, denen man an der Seebrücke weitere Anlegestellen schaffen und, bedenkenlos ein Stück Park opfern wird. „Alte freie Stadt Lindau“? Von wegen. Armes Lindau! (Auch Du mußt Dich mitdrehen im Karussell der Profitgier!) Schade — wieder ein verlorenes Paradies.

Margarete Fenchel,
6057 Dietzenbach

Die Kreistagssitzung - eine Farce

Man kann sich als Besucher dieser Kreistagssitzung des Eindrucks nicht erwehren, daß das Ganze ein abgekartetes Spiel war. Die 7000 Lindauer Unterschriften gegen den Standort der Jugendbildungsstätte wurden von der CSU-Kreistagsfraktion lächelnd ignoriert.

Wir empfanden es als Anmaßung von Herrn Landrat Henninger, das mutige Eintreten unseres OB Steuer für das Interesse seiner Bürger mit arroganten, beleidigenden Bemerkungen abzuwerten.

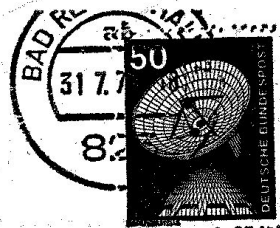
Überraschend für alle wurde äußerst kurzfristig von Herrn Landrat Henninger die Aussetzung des Stadtratsbeschlusses vom 3. 7. 79 durch OB Steuer, die ganz im Sinne der Lindauer Bürger war, außer

Kraft gesetzt. Geht es hier nur noch um Prestigegründe des Herrn Henninger?

Anträge von SPD und FDP auf Alternativstandorte schienen nicht erwünscht zu sein. Ist es der CSU nicht möglich, auch wenn sich alle Beteiligten seit fünf Jahren über den bisherigen Standort einig waren, jetzt dem erwachten Bürgerwillen beziehungsweise dem neuen Bewußtsein für Landschaftsschutz Rechnung zu tragen und sich gemeinsam mit den anderen Gruppierungen nach einem neuen Standort umzusehen?

Susanne Bürster, Rudi Bühler,
Barbara Krämer, Peter Nawar,
Marita Sperlich

BAD REICHENHALL
Das Heilbad in den Bayerischen Alpen



*Landschafts-Schritte!
Protest!
Vereinsausflug nach
Lindau abgesagt!
H. Schmidberger
Mitbringerstr. 44
823 Bad Reichenhall*

Überreicht vom
Touristenverein „Die Naturfreunde“

Lindauer

Tageszeitung

*899 Lindau/Bodensee
Postfach*

Demokratie heißt: Zum Wohle der Bürger!

So muß und kann nur die Antwort zu dem beeindruckenden Beitrag des mir unbekannten Herrn Martin Lüth in der Lindauer Zeitung vom 28. August 1979 unter „Der Leser hat das Wort“ heißen. Abgesehen von dem schon lästigen Hin und Her in dieser Angelegenheit, wie auch dem peinlichen Gefühl eines sicheren politischen Hintergrundes, müßte den angesprochenen Stadträten zumindest bald ein bißchen guter Wille beschieden sein. Daß es sich hier zum Teil um verdiente Jugend-Funktionäre handelt, soll nicht ohne Respekt betont sein, es darf aber gestern nicht morgen heißen und derart gut gemeinte Vorschläge unbeachtet oder

gar belächelt unter den Tisch geschoben werden. Anerkennung sollte aber auch Herr Steuer erfahren, der in diesem Falle mutig zum Bürger steht. Es ist nicht alles Gold, was glänzt und nicht immer Blumen wie die geschützte „Iris“, deren Wachstum in dieser Gegend durch Anpflanzung von Mais kaum gefördert wird, aber es gibt für die bestimmt nötige Jugend-Begegnungsstätte bei erwähntem gutem Willen und hoffentlich bald reiflicher Überlegung einen besseren Platz.

Rudolf Kögler, Eichendorffstr. 8

Anfrage von MdL Günter Wirth im Bayerischen Landtag:

Durfte der Landkreis überhaupt das Landschaftsschutzgebiet reduzieren?

Mit dem umstrittenen Bebauungsplan „Auf den Wäsen“ muß sich demnächst wieder der Bayerische Landtag beschäftigen. Der Kemptener SPD-Landtagsabgeordnete Günter Wirth möchte wissen, wie weit der Landrat in das gemeindliche Selbstverwaltungsrecht eingreifen darf. Wirth hat eine schriftliche Anfrage eingebracht, in der er auch um Antwort darum bittet, ob der Kreis überhaupt die Kompetenz hat, Landschaftsschutzgebiete teilweise aufzuheben. Die vom Kreistag geänderte Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Bodenseeufer“ wurde inzwischen von der Regierung von Schwaben genehmigt.

„Der Streit zwischen dem Landrat und dem Oberbürgermeister von Lindau ist mehr als ungewöhnlich; selbst wenn der Landrat recht hätte, ist es schwer, zu verstehen, daß er in der Art, wie geschehen, gegen das Stadtoberhaupt von Lindau vorgeht. Wesentlich scheint mir auch zu sein, daß offensichtlich eine Rechtsposition des Lindauer Landrats weniger stark ist, als er glaubt“, meint Wirth.

Der Abgeordnete beruft sich auf eine frühere Feststellung der Regierung von Oberbayern, die in ihren „Informationen zu Naturschutz und Landschaftspflege“ die Auffassung vertreten habe, eine Kompetenz des Landkreises zur örtlichen begrenzten Teilaufhebung seiner Landschafts-

schutzverordnungen bestehe nach den Naturschutzgesetzen nicht. Das erscheint Wirth zur Beurteilung der Vorgänge um die Errichtung einer Jugendbildungs- und Begegnungsstätte des Bezirks Schwaben am Lindauer See-Ufer wichtig. Treffe die Rechtsauffassung der Regierung von Oberbayern zu, wäre, so meint Wirth, der Landkreis Lindau nicht berechtigt gewesen, am Landschaftsschutz des Bodenseeufer etwas zu korrigieren, zumal dies auch Auswirkungen auf den Bebauungsplan der Stadt Lindau hätte. Wirths Resümee: „Bei der Schwierigkeit der gegebenen Rechtslage muß es als unverständlich erscheinen, wenn der Lindauer Landrat versucht, seiner Meinung im Wege eines sofort vollziehbaren Bescheids zum Durchbruch zu verhelfen.“

Die Staatsregierung hat der Abgeordnete um fünf konkrete Auskünfte ersucht. So will er wissen, wie sie die Rechtmäßigkeit des Lindauer Bebauungsplans beurteilt, ob sie die Auffassung der Regierung von Oberbayern teilt und welche Konsequenzen sich dann für die Lindauer Auseinandersetzungen ergeben. Schließlich will Wirth grundsätzlich erkunden, ob die Staatsregierung seine Auffassung teilt, daß es mit einem richtigen Verständnis der kommunalen Selbstverwaltung schwer vereinbar sei, wenn der Landrat mit einem förmlichen Bescheid Angelegenheiten zu regeln versuche, die dem Selbstverwaltungsrecht der Stadt Lindau unterliegen.

LZ/mhb

Am See Natur und nicht Beton!

Lindauer, kommen Sie zur Großkundgebung in die Sängerrhalle morgen, Donnerstag, 20 Uhr

Es sprechen:

Der Oberbürgermeister Josef Steurer, der 1. Vorsitzende des Bundes Naturschutz in Bayern Hubert Weinzierl, Horst Stern und Michael Zeller

Fernsehen und Rundfunk sind dabei

Diese Anzeige wurde aus Spendenmitteln Lindauer Bürger finanziert.
Spenden auch Sie auf das Konto des Bürger-Komitees Nr. 35 600 bei der Sparkasse Lindau.

Antrag des Oberbürgermeisters auf Aussetzung auch vom Verwaltungsgericht abgelehnt

Beschluß des Stadtrates gilt: Verfahren für Bebauungsplan „Auf den Wäsen“ läuft weiter

Wie die Regierung von Schwaben kam nun auch das Verwaltungsgericht Augsburg zu dem Ergebnis, das Oberbürgermeister Josef Steurer das Bebauungsplanverfahren für das Gebiet „Auf den Wäsen“ nicht aufhalten kann. Über das Rechtsamt der Stadt hatte der OB den Antrag gestellt, den Beschluß des Stadtrates zum Bebauungsplan auszusetzen. Die Augsburgsburger Verwaltungsjuristen sagen nun in ihrer Begründung der Ablehnung, dem OB stehe nicht das Recht zu, „mit langwierigen und schwierigen Gerichtsverfahren ein wichtiges Planungsprojekt zeitlich übermäßig hinauszuzögern“. Auch das Verwaltungsgericht weist wie die Regierung auf die rein verfahrensrechtliche Entscheidung. Die Entscheidung über die Bebauung des Gebietes müsse im Bebauungsplanverfahren entschieden werden.

Bekanntlich hatte der Lindauer Stadtrat am 3. Juli den Bebauungsplan „Auf den Wäsen“ gut geheißen und damit dem Bau der Jugendbildungs- und Begegnungsstätte des Bezirks sowie dem Anbau an das WankelInstitut zugestimmt. Am 5. Juli beanstandete der OB den Beschluß, weil er ihn für rechtswidrig hielt. Den Aussetzungsbeschluß mußte das Landratsamt prüfen. Hier hieß es, der Beschluß sei rechtmäßig. Steurer legte bei der Regierung von Schwaben Widerspruch ein. Der wurde mit einer ausführlichen Begründung in Augsburg zurückgewiesen. Es hieß, der OB habe kommunalrechtlich überhaupt nicht die Möglichkeit, Widerspruch gegen die Entscheidung des Landratsamtes einzulegen. Am 22. Au-

gust ließ Steurer über das Rechtsamt der Stadt den Antrag stellen, die Entscheidung des Landratsamtes auszusetzen. Begründung: Der Stadtratsbeschluß verstoße gegen das Bundesbaugesetz. Der Stadtrat irre, wenn er davon ausgehe, das Landschaftsschutzgebiet müsse nur innerhalb der Baugrenzen eingeschränkt werden. Steurer meinte außerdem, durch die angefochtene Entscheidung sei er in seinem Recht verletzt, da er für die Rechtmäßigkeit seiner dienstlichen Handlungen die persönliche Verantwortung trage und zur Beanstandung verpflichtet sei.

Das Verwaltungsgericht bescheinigt nun dem OB pflichtbewußt gehandelt zu haben, indem er den Stadtratsbeschluß aussetzte, weil er ihn für rechtswidrig hielt. Einige Zeilen weiter wird dem Oberbürgermeister dieses Recht aus grundsätzlichen Erwägungen jedoch abgesprochen: „Der Antragsteller vertritt offenbar die Auffassung, er könne aus eigenem Recht eine gerichtliche Entscheidung gegen die der Rechtsaufsichtsbehörde erzwingen, möchte also selbst die Funktion eines übergeordneten Rechtsaufsichtsorgans wahrnehmen.“ Rechtsaufsichtsbehörde für eine kreisangehörige Gemeinde sei zuerst das Landratsamt und dann die Regierung. Deshalb, so meinen die Verwaltungsjuristen, ist es ausgeschlossen, daß sich der OB einer kreisangehörigen Stadt die Befugnisse einer Rechtsaufsichtsbehörde anmaße. Ein erster Bürgermeister habe kein Recht, die angefochtene Entscheidung des Landratsamtes gerichtlich überprüfen zu lassen. In der Begründung heißt es weiter:

„Rechtswirksam wird ein Bebauungsplan — sofern nicht die Genehmigungsbehörde die Genehmigung verweigert — ohnehin erst nach der erfolgten Genehmigung (gegebenenfalls unter Auflagen) und Bekanntmachung. Wenn der erste Bürgermeister diesen gesetzlichen Verfahrensgang von Anfang an sollte verhindern können — wie dies der Antragsteller beabsichtigt —, so könnte er u. U. mit langwierigen und schwierigen Gerichtsverfahren ein wichtiges Planungsprojekt zeitlich übermäßig hinauszögern, das sich dann letzten Endes im Grundsatz doch als durchführbar erweisen könnte.“

Mit der Regierung von Schwaben ist das Verwaltungsgericht einig, daß bauplanungsrechtliche Fragen von der Entscheidung der Richter nicht betroffen seien. Ein kompliziertes Bebauungsplanverfahren habe den Sinn, eine möglichst optimale Planung zu erreichen. Gegebenenfalls könne eine Planung, die vielleicht ursprünglich nicht genehmigungsfähig gewesen sei, durch das Verfahren genehmigungsfähig gemacht werden.

Auf unsere Frage, was er nun unternehmen wolle, konnte Oberbürgermeister Josef Steurer gestern noch keine Antwort geben. Er müsse zuerst die Entscheidung und Begründung der Verwaltungsrichter prüfen, bevor er sich festlege. In der beigelegten Rechtsbehelfsbelehrung jedenfalls heißt es: „Gegen vorstehenden Beschluß steht den Beteiligten die Beschwerde an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München zu.“



Zu einer Pressekonferenz hatte am Donnerstagabend das neue Lindauer „Bürgerkomitee“ eingeladen. Unser Bild zeigt von links nach rechts: Neben Pressevertretern Konrad Bänziger (zurückgelehnt), Eckhart Prandner, Rolf Fackelmayer, Michael Zeller, OB Josef Steurer, Dr. Klaus Zodel, Gertraud Burger, Ulrich Grotz und Erich Jörg.

LZ-Bild: Urbanzky

Landrat Henninger: Bindende Vereinbarungen zwischen Stadt Lindau und Bezirk Schwaben – Bereit zu einer Podiumsdiskussion

Zur Diskussion um die geplante Jugendbildungsstätte:

Das Bürgerkomitee zur Schonung des Bodenseufers vor weiterer Bebauung verschweigt das Bestehen rechtlich bindender Vereinbarungen der Stadt Lindau mit dem Bezirk Schwaben über die Errichtung einer Jugendbildungs- und Begegnungsstätte in Lindau-Zech.

1973 begannen die Verhandlungen zwischen Stadt und Bezirk. Die Stadt bot zunächst eigene, ökologisch sehr wertvolle Grundstücke an. Später vermittelte sie dem Bezirk das sogenannte „Hämmerle-Grundstück“ als Baugrundstück für die Jugendbildungs- und Begegnungsstätte.

1975, vor Abschluß des Kaufvertrages über dieses Grundstück, vereinbarten der Oberbürgermeister, der Bezirksstadtspräsident und die Vertreter der Regierung von Schwaben – in meinem Beisein – die Aufstellung des Bebauungsplans „Auf den Wäsen“.

Der Oberbürgermeister sagte dabei die volle Unterstützung des Projekts der Jugendbildungsstätte zu.

Am 17. Dezember 1975 billigte der Stadtrat die Vereinbarung des Oberbürgermeisters mit dem Bezirksstadtspräsidenten und beschloß die Aufstellung des vorgesehenen Bebauungsplans.

1975 bis 1978 befaßten sich die zuständigen Ausschüsse des Stadtrats in zahlreichen Sitzungen mit der Planung der Jugendbildungsstätte. Das Projekt wurde bis in die Einzelheiten erörtert und gutgeheißen. Davon wurde der Bezirk verständigt.

1977 begannen Grundstückstauschverhandlungen zwischen der Stadt und dem Bezirk.

Der Oberbürgermeister vereinbarte dabei mit dem Bezirksstadtspräsidenten, daß der Bezirk den ufernahen Teil seines

Grundstücks der Stadt Lindau für neue öffentliche Erholungsanlagen überreicht und die Stadt Lindau dafür den rückwärtigen, an der Bregenzer Straße gelegenen Teil des von ihr erworbenen ehemaligen Livana-Werksgrundstückes für den Bau der Jugendbildungsstätte dem Bezirk zur Verfügung stellt.

1978 entwirft das städtische Bauamt die Baulinien für die Jugendbildungsstätte entsprechend dem vorbereiteten Grundstückstauschvertrag.

Am 24. Juli 1978 billigt der Stadtrat den Entwurf des Bebauungsplans „Auf den Wäsen“ mit diesen Baulinien. Der Bezirk kann danach das Projekt nur unter Inanspruchnahme des angrenzenden stadteigenen Grundstücks planen und verwirklichen.

1978 führt der Bezirk Schwaben im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister und dem Stadtbauamt einen internationalen Architektenwettbewerb für die Jugendbildungsstätte durch, und zwar auf der Grundlage der vom Stadtrat am 20. Juli 1978 beschlossenen Baulinien. Der Oberbürgermeister billigt als Mitglied des Preisgerichts die preisgekrönte Arbeit.

Am 9. April 1979 hört die Stadtverwaltung die nach dem Bundesbaugesetz beteiligten Bürger der Stadt Lindau zum Entwurf des Bebauungsplans „Auf den Wäsen“ an. Eine klare Mehrheit spricht sich für die Jugendbildungs- und Begegnungsstätte an der vorgesehenen Stelle und mit den vom Stadtrat gewünschten Baulinien aus. Auch davon wird der Bezirk Schwaben verständigt.

Am 3. Juli 1979 bestätigte der Stadtrat seine früheren Beschlüsse zur Jugendbildungsstätte. Die Baulinien bleiben so, wie sie schon am 20. Juli 1978 festgelegt worden waren.

Angesichts dieser zahlreichen, stets vom

Stadtrat gebilligten Vereinbarungen des Oberbürgermeisters mit dem Bezirksstadtspräsidenten ist die Stadt Lindau schon seit langem in rechtserheblicher Weise gebunden, die baurechtlichen Grundlagen für die Jugendbildungsstätte bereitzustellen und aufrechtzuerhalten.

Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß der Naturschutzbeitrag für den Landkreis Lindau den vorgesehenen Standort überprüft und gebilligt hat.

Im Februar 1975 hatte der Beirat dazu folgendes erklärt: „Das Grundstück hat keine besondere botanische und ökologische Bedeutung. Die Kullisse zum See hin würde durch Gebäude nicht verändert werden; die Bäume würden jede Bebauung vom See aus unsichtbar werden lassen. Ein internationales Jugendzentrum dient einem öffentlichen Zweck. Durch die ständig wechselnde Belegung käme eine Vielzahl von Jugendlichen aus vielen Ländern in den Genuß der schönen Bodenseelandschaft. Vielleicht kann gerade der Standort im gefährdeten und belasteten Bodenseeufergebiet mithelfen, die Jugendlichen auf die Grenzen der Landschaftsbelastbarkeit hinzuweisen und sie für die Probleme einer Überschießung empfänglich zu machen.“

Im Sommer 1977 empfiehlt der Naturschutzbeirat in einer in der Tagespresse veröffentlichten Erklärung, das Werksgegend der ehemaligen Firma Livana für den Bau der Jugendbildungs- und Begegnungsstätte zu verwenden.

Am 24. Juli 1978 nimmt der Naturschutzbeauftragte für den Landkreis Lindau, Herr Dr. h. c. Horst Stern, an der Sitzung des Stadtrats der Stadt Lindau teil. Wie das Sitzungsprotokoll ausweist, billigt er wiederum Standort und Baulinien der Jugendbildungsstätte.

In Übereinstimmung mit Dr. Stern faßt dann der Stadtrat seinen Beschluß.

Das Verschweigen der Planungsgeschichte der Jugendbildungsstätte durch das Bürgerkomitee, das Verschweigen der eigenen Mitwirkung von 1973 bis 1979 und der daraus hervorgegangenen rechtlichen Bindungen der Stadt stellt eine Irreführung der Bürger dar.

Die Empfehlungen des Bürgerkomitees laufen in dieser Sache hinaus auf Wortbruch und Rechtsverletzung. Daran führt kein Weg vorbei, und sei er noch so sehr mit juristischen Spitzfindigkeiten und Winkelzügen gepflastert.

Das Landratsamt Lindau ist gemäß Artikel 110 der Bayerischen Gemeindeordnung Rechtsaufsichtsbehörde der Stadt Lindau.

Gemäß Artikel 112 der Gemeindeordnung müßte das Landratsamt bei Nichterfüllung öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen der Stadt Lindau eingreifen.

Wegen der schon eingetretenen rechtlichen Bindung sollten Bürgerkomitee und Bürger der Stadt Lindau ihren Stadtrat nicht zu Rechtsverletzungen gegenüber dem Bezirk Schwaben auffordern, vielmehr auf sachbezogene Verhandlungen über andere geeignete Standorte und nur auf einvernehmliche Regelungen hinwirken.

Landratsamt und Landkreis Lindau sind gern bereit, an solchen Besprechungen der Stadt Lindau mit dem Bezirk Schwaben teilzunehmen. Ich bin ebenso bereit, mit den Vertretern des Bürgerkomitees zu sprechen und eine öffentliche Podiumsdiskussion – unter neutraler Leitung – zu führen, damit jeder Bürger der Stadt Lindau Gelegenheit erhält, sich direkt und umfassend zu informieren, bevor er seine Entscheidung trifft.

Klaus Henninger, Landrat

Nobelpreisträger Konrad Lorenz zu Planungen für „Wäsen“:

Zerschlagung des Schutzgebietes nenne ich eine instinktlose Tat

Der weltberühmte Verhaltensforscher und Nobelpreisträger Konrad Lorenz protestiert gegen den Bau der Jugendbildungs- und Begegnungsstätte in der Nähe des Bodenseufers. Professor Dr. Dr. Lorenz schrieb aus Wien in seiner Eigenschaft als Sprecher der „Gruppe Ökologie“. Hier der Wortlaut des Briefes von Lorenz, der 1975 und 1978 bei den Lindauer Nobelpreisträgertagungen dabei war, an Oberbürgermeister Josef Steurer:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich habe mit Sorge die Nachricht aufgenommen, daß ein wesentlicher Teil des noch freien Bodenseufers östlich Ihrer schönen Stadt durch den Regierungsbezirk mit einem großen Schulungszentrum für Jugendliche bebaut werden soll. Den Zeitungen entnehme ich, daß nahezu alle mit der Sache befaßten Stellen – Umweltministerium, Kultusministerium, Umweltsprecher aller im bayerischen Landtag vertretenen Parteien, Deutscher Naturschutzring sowie Ihre Stadtverwaltung – gegen diese Uferbebauung sind, weil der Standort eines Schulungszentrums am See nicht zwingend ist und der Naturschutzgedanke leiden müßte. Wie es scheint, sind nur der Lindauer Landrat und der Regierungsbezirk zum Unverständnis auch der Bürger noch immer fest entschlossen, an Plänen festzuhalten, über die, was diesen Standort betrifft, die Zeit hinweggegangen ist.“

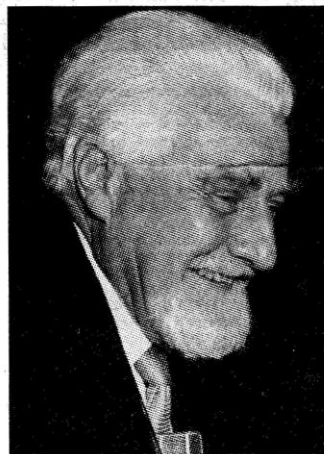
Ich bedaure das sehr, habe ich doch an Lindau und seine schöne Umgebung (die auch wohl leider mehreren neuen Schnellstraßen zum Opfer fallen soll) von unseren Nobelpreisträger-Tagen her die lebhaftesten und angenehmsten Erinnerungen. Daß ausgerechnet diese schöne Stadt mit der Gefühlskälte des Formalrechtes gezwungen werden soll, ein Signal aufzuziehen, das auch nach Meinung des zuständigen Münchner Mi-

nisteriums leicht den Weg freigeben könnte zur Verbauung des restlichen noch freien Seeufers, betrübt mich über die Maßen.

Ich verstehe nicht, wie ausgerechnet vor den Toren dieser gesegneten Stadt Lindau im Jahre 1979, wo alle Welt von Umweltschutz redet, ein Schutzgebiet aus den frühen fünfziger Jahren, wo noch kaum jemand von Umweltschutz sprach, zerschlagen werden konnte. Ich nenne das einen Akt der Unkultur, eine instinktlose Tat.

Ich schreibe Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, nicht nur als ein Lindau verbundener Nobelpreisträger. Ich nehme mir das Wort in dieser Sache auch als Träger der Goldenen Bayerischen Naturschutzmedaille und Ehrenmitglied des Bundes Naturschutz in Bayern – Auszeichnungen, die ich übrigens zusammen mit Horst Stern verliehen bekam, den man, wie ich mit Betrübnis las, zum Rücktritt von einem mutig und beispielhaft geführten Naturschutzamt zwang.

Ich hoffe sehr, daß Ihre Bemühungen um einen anderen Platz für diesen Bau und damit Ihr Versuch, Uferlandschaft freizuhalten, erfolgreich sein werden. Man möge sich doch auch einmal die schlimme Hypothek vor Augen halten, die geistig auf einer Jugend lasten muß, der man auf dem Scherbenhaufen eines einst über Bayern hinaus richtungswei-



senden Lindauer Naturschutzes das Haus baut. Wie soll sie Demokratie lernen, wenn sie nur unter Mißachtung des mehrheitlichen Bürgerwillens – ich höre, 7000 hätten schriftlich protestiert – an den See ziehen kann?

Töricht nenne ich das Argument der Bauherren, es würden keine ökologisch wertvollen „Uferleite“ zerstört. Ich wage die Behauptung, daß die Benutzer dieses Modewortes die größten Schwierigkeiten hätten, es intelligent zu definieren. Im weithin auch am Bodensee zerstörten Naturhaushalt ist jede naturbelassene oder renaturalisierte Freifläche ökologisch wertvoll; auf ihren Besatz mit seltenen Pflanzen oder Tierarten kommt es dabei primär nicht an. Wichtig ist, daß das Ufer in die Tiefe unbebaut ist, daß es beruhigter Flug- und Lebensraum für Insekten und Vögel und ein Ort der – auch visuellen – körperlichen Erholung und seelischen Harmonisierung von spazierengehenden Städtlern bleibt – unverstellt durch Baukörper und sogenannte Freizeiteinrichtungen, die, gleichgültig, wie man sie in die Landschaft „einbettet“, einen bisher stillen Ort doch nur verrummeln.

Ich appelliere an die Lindauer, diese Unkultur nicht zuzulassen. Sie würde sich für lange Zeit an den guten Namen Ihrer Stadt heften und ihr auch international schaden.“

Wir, ein überparteiliches Bürgerkomitee unter Mitwirkung von Oberbürgermeister Josef Steurer, erbitten Ihre Stimme für unseren Versuch, in letzter Minute das Bodenseeufer bei Zech freizuhalten von einer massiven Bebauung mit einer Jugendbildungsstätte des Bezirkes Schwaben.

Wir sind für eine solche Einrichtung in Lindau. Wir sind nur gegen diesen **Standort.**

Wir teilen die Meinung des Umweltministeriums, daß diese Planung an diesem Standort zu einem Signal werden könnte, das den Weg freimacht zur Verbauung des restlichen, noch freien Ufers.

Wir teilen die Meinung des Umweltministeriums, es könnte »der Naturschutzgedanke insgesamt leiden, in der Eindruck entstünde, ein Schutzgebiet

BÜRGER VON LINDAU!

sei, mindestens für öffentliche Bauplanungen, verfügbar.«

Von diesen Äußerungen seines Hauses hat Staatssekretär Dr. Fischer (CSU) bis heute nichts zurückgenommen.

Landrat Henninger hat trotz solcher Befürchtungen der höchsten bayerischen Fachbehörde dieses 27 Jahre alte Lindauer Schutzgebiet vom Kreistag in Scheidegg — unter **Polizeischutz** — in Teilen aufheben lassen, um seine

Bebauung rechtlich zu ermöglichen.

Wenn Sie für eine Jugendbildungsstätte in Lindau, aber gegen diesen gefährlichen Standort sind, dann geben Sie uns Ihre Stimme. Geben Sie uns auch dann, wenn Sie zu den 7000 Bürgern gehören, die schon einmal gegen diesen Standort am See protestierten. Die Baubefürworter wischten damals diese **7000 Stimmen vom Tisch. Sorgen Sie darum dafür, daß es noch mehr Stimmen werden — für unsere Landschaft, für das Selbstverwaltungsprinzip unserer Stadt Lindau.**

Das Bürgerkomitee

gez. Erwin Ammann,
Gertraud Burger,
Rolf Fackelmayer,
Ulrich Grotz, Erich Jörg,
Martin Koch, Willy Maurer,
Eckhart Prandner, Josef Steurer,
Michael Zeller, Dr. Klaus Zobel

Kommen Sie bitte am Donnerstag, den 20. September, 20.00 Uhr zur großen Protestversammlung in die Sängerrhalle.

Es spricht Dr. Horst Stern

Fernsehen und Rundfunk sind dabei

Ihre Postkarte können Sie auch abgeben bei: Buchhandlung Baumann, Reutin — Zigarren Geuppert, Insel — Metzgerei Lettmaier, Reutin — Optik Koch, Insel — Buchhandlung Stettner, Insel — Eisen-Thomann, Insel — Schreibwaren Thommes, Aeschach — Zeller, Insel, Maximilianstraße und Cramergasse. Unterlagen und Auto-Aufkleber sind in den gleichen Geschäften zu haben.

Diese Drucksache wurde aus **Bürgerspenden** finanziert. **Spenden auch Sie** auf das Konto Bürgerkomitee Sparkasse Lindau **35600**

Am See Natur und nicht Beton



Über 1200 Bürgern erhielten in der Sängersalle OB Josef Steurer und der ehemalige Naturschutzbeauftragte des Landkreises, Dr. Horst Stern.

LZ-Bilder: Urbanzyk

Beifallsstürme bei einer öffentlichen Kundgebung des Bürgerkomitees in der Sängersalle

DAU

Vor über 1200 Bürgern rechneten Oberbürgermeister Josef Steurer und Horst Stern mit Landrat Klaus Henninger ab

eindrucksvoll war die Lindauer amber auf den schon Vorwurf lieferten, und am gemeindeswegs sonderlich als 1200 Lindauern viele junge Sängersalle fast bis insbesondere vom Natur- und Tier- und natürlich auch Josef Steurer zum geplanten Baues und Begegnungslassen, annähernd zwei

Unter dem tosenden Beifall mehr als 1200 Lindauer Bürger drohte am Donnerstagabend die überfüllte Sängersalle fast aus den Fugen zu geraten. Ovationen gab es insbesondere für Oberbürgermeister Josef Steurer, den ehemaligen Naturschutzbeauftragten für den Landkreis Lindau, Dr. h. c. Horst Stern, und den Vorsitzenden des Bundes Naturschutz in Bayern, Hubert Weinzierl. Unter dem Motto „Am See Natur und nicht Beton“ wurde in dieser Kundgebung des Bürgerkomitees ausführlich und leidenschaftlich zum geplanten Bau einer Jugendbildungs- und Begegnungsstätte auf einem unter Landschaftsschutz stehenden Ufergrundstück im Ortsteil Zech durch den Bezirk Schwaben Stellung genommen. Hart in die Schußlinie geriet dabei Landrat Klaus Henninger.

Als ein Mann, der, trotz der Tiefschläge, stück im Motzacher Wald, Henningers Antwort: Diese Grundstücke müssen abgelehnt

in Nonnenhorn auf der Suche nach einer neuen Bleibe gewesen sei. Um sich jedoch nicht dem unfairten Vorwurf auszusetzen, er nehme Privilegien in Anspruch, die er anderen nicht gönne, nämlich unmittelbar am See zu wohnen, habe er ein Grundstück zwar in der Gemeinde Nonnenhorn, jedoch nicht am Seeufer, gesucht.

Den von Landrat Henninger in seiner „Schmähchrift“ erhobenen Vorwurf habe niemand anderer als der „Oberjäger“ Erich Kunze (Vorsitzender des Tierschutzvereins, d. Red.) in einer Mitgliederversammlung

schutzbeauftragten. Einen vertraulichen Brief an Henninger habe der Landkreis, hektografiert, allen möglichen Zeitungen zur Verfügung gestellt. Zudem habe der Landrat im oberen Kreis das Gerücht verbreitet, Stern trage nach einer schweren Operation einen künstlichen Darmausgang.

Dann wandte sich Stern der Tatsache zu, daß er an der Spitze des Naturschutzbeirates dem Projekt Jugendbildungs- und Begegnungsstätte im Uferbereich zugestimmt habe. Diese Zustimmung sei unter völlig

Bund Naturschutz fordert das Wiederherstellen des Landschaftsschutzes

„Der Bund Naturschutz in Bayern fordert den Kreistag des Landkreises Lindau auf, für das Gebiet den Landschaftsschutz zu erneuern!“ so lautet der Kernsatz eines Schreibens, das Diplom-Forstwirt Manfred Seebauer, der Beauftragte des Naturschutzbundes mit Datum vom 2. Oktober an Landrat Klaus Henninger gerichtet hat. Gemeint ist mit dem „Gebiet“ der Bereich des Bebauungsplanes „Auf den Wäsen“.

In seiner Antwort auf das Schreiben des Landrats (siehe LZ vom 29. September) bleibt der Bund Naturschutz bei seiner entschiedenen Ablehnung einer weiteren Bebauung des Bodenseeufers und erklärt, daß es „dabei nicht auf die Art der Bebauung ankommt.“ Da dem Bezirk Alternativstandorte vorgeschlagen worden seien, lasse sich ein Beharren auf den in Aussicht genommenen Standort in keiner Weise rechtfertigen.

Im Auftrag des Bundes Naturschutz widerspricht Seebauer der Meinung des Landrats, die Stadt habe rechtlich verbindliche Zusagen gemacht. Und es heißt dazu im Schreiben an den Landkreischief weiter: „Selbst wenn bei den behaupteten Zusagen der Stadtrat von Lindau in ausreichender Weise beteiligt gewesen wäre, — was auch auf Grund Ihrer Schilderungen nicht angenommen werden kann — so wären diese Zusagen auf jeden Fall rechtsunwirksam.“ Als Beweis für diese Behauptung wird auf die ständige Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichts verwiesen, wonach „Zusagen über den Erlaß von Bebauungsplänen nichtig sind.“ -rer



LINDAU

Was me so schwätzt

So oft wie in de letschde acht oder zehe Tag isch des Wort LINDAU no et glei in alle Zeitunge dinne gschtande! Und zwar hot mes et bloß zwische Ulm und Friedrichshafe oder vo Lindeberg bis nauf nach Hof oder Coburg lese könne. Ob eber grad d' „Frankfurter“, vielleicht eins vo de Stuttgarter Blätter oder gar d' Bildzeitung glese hot: überall isch vo unserm hiesige Naturschutzkampf d' Red gwese. Soviel Geld hätt unser Verkehrsverein in fuchzg Jahr et für Werbung ausgabe könne, was do als Gratisreklame mitm Name Lindau gloffe ischt. Et immer zwar zu unsrer Ehr, doch des sctoht auf me andere Blatt. Auf jeden Fall simr in wenig Tag im In- und Ausland gschwinder bekannt wore wie in e paar verflossene Jahrhundert mitnand!

Und wem (oder was?) homr des z' verdanke? Do drüber wirts wohl immer verschiedene Meinunge gebe — und doch bloß en gotzige Grund! Inzwische goht jo dr Leserbriefkrieg in dr „Lindauer Zeitung“ ganz munter weiter; neuerdings hots sogar en massive Querschläger aus unserm frömmische Stadtteil Oberreitnaube. Mitunter kah me se jo amüsiere, was für en alte Käs bei dem ganze Meinungsstreit oft rauskummt. Et selte sinds Wichtigmacher, die wo sachlich überhaupt nix vorbringen und im Grund doch bloß ihren Name druckt sehe wend. I verroat kei Gheimnis, wenn i sag: So langsam hängt de meischde Leit dr ganz Krach zum Hals raus und faschd alle wären se froh, wennr mit me guete Abstimmungsresultat bald sei End hätt! Der Landroat vo Neu-Ulm reißt si jo sowieso scho um des Projekt, wege dem inzwische halbet Lindau hinterenandkumme ischt. Es wird langsam Zeit, daß unsre gwählte Stadträt enand wieder in d' Auge schaue können, statt ohne Grueß anenand vorbei z'goh. Begosse were kah d' Versöhnung schpäteschdens beim nägschde Kinderfescht. Bei dere Gelegenheit hätt's denn sogar zu seiner eigentliche Bedeutung als Friedensfescht zruckgefunde!

Des ischt denn aber en verdammt teure Blitzschlag wore, der am Obed vom siebte Auguscht bei dem saumäßige Gwitter de alte Leuchtturm troffe hot! Gleit 270 000 Mark soll die ganz „Musik“ koschde, bis dr Schade behöbe und der Turm wieder auf de Glanz hergrichd ischt! Am Ahfang hond se im Bauamt jo bloß mit fuchzgetaused Mark grechnet — und sogar ghofft, daß des ganz und gar d' Versicherung zahlt. Aber jetzt koschd jo allei' scho 's Dachdecke mit dene farbig glasierte Ziegel hundert braune Tauseder! Drum derf me vo Glück sage, daß es außer dr Brandversicherung und'm Landesamt für Denkmalpflege no den Entschädigungsfond gibt, in den d' Stadt seit Jahr und Tag scho en Haufe Geld neizahlt. Mit'm Ahblick vom Grüscht um de Turm rum were mr wohl bis ins Frühjahr nei lebe müesse ...

Kaum daß en Tag vergoht, wo me et vo neue Diebereie in dr Zeitung liest! Sogar unser Polizeiboot „Hecht“ ischt numme sicher vor dene Klaubröder, für die's zwische „Mein“ und „Dein“ so guet wie überhaupt koan Unterschied gibt. Et gnue, daß se d' Mikrophon hond mitloffe losse, — am liebschde hätten se o no de Außelautsprecher mitgnomme, wenn ses gschaft hätten. So e nixige Bande, dia däten no ganze Häuser schtehle, wenn me se aufm Buckel drvotrage könnnt.

So, und jetzd lond mi zum Schluß bloß no froage, ob'r euer Karte zum Lindauer „Volksentscheid“ ausgefüllt und abgebe hond? Jeder Lindauer weiß jo, um was es goht: Am See Natur und et Beton!

B'hüet Gott bis zum nägschdemoal Euer alter

Augustin

Niedermeier spricht von Dolchstoßmethode des Oberbürgermeisters

Junge Union: Hintere Insel als Alternativstandort diskutieren

Hauptgegenstand der jüngsten Kreisvorstandssitzung der Jungen Union Lindau war erneut das Projekt der Jugendbildungsstätte. Es herrschte die überwiegende Meinung vor, daß ein Bau dieser Einrichtung im Gebiet „Auf den Wäsen“ von der Bevölkerung derzeit nicht gewünscht ist. Stadtrat Niedermeier vertrat die Auffassung, es wäre unverantwortlich, wenn nicht unverzüglich versucht würde, durch gemeinsames Handeln aller Fraktionen einen Bau dieses Projekts an anderer Stelle in Lindau zu ermöglichen. So heißt es in einem Bericht der Jungen Union an die LZ.

Die Junge Union glaubt, daß die Hintere Insel ein geeigneter Standort wäre. Nach wie vor sei man der Überzeugung, daß aus landschaftlichen Erwägungen ein Bau „Auf den Wäsen“ zu verantworten wäre, da aber der Bürger anscheinend wolle, daß dort nicht gebaut wird, so ist diesem Wunsch zu entsprechen. Der Stadtrat dürfe jedoch nicht zulassen, daß der Oberbürgermeister die Diskussion um die Hintere Insel als Alternative auf kaltem Wege abwürge, nur weil er für diesen Bereich andere Vorstellungen habe. Der Oberbür-

germeister handle, so Niedermeier, grob fahrlässig, wenn er eine der wenigen — vielleicht die einzige sinnvolle — Alternative ablehne, ohne etwas Besseres anzubieten. Eine bloße Verneinungspolitik, die nur das Ziel habe, den Bau zu verhindern, sei sehr verhängnisvoll.

JU-Kreisvorsitzender Eberhard Rotter (Weiler) bemängelte die Art und Weise, in der die Auseinandersetzung von seiten des Bürgerkomitees geführt werde: „Es ist schlimm, wenn lediglich Emotionen geschürt werden und keine sachliche Auseinandersetzung mehr möglich ist.“ Rotter nannte es sehr bedauerlich, und im Interesse der Jugend in der Stadt und im Kreis Lindau für sehr schade, sollte als Folge des Hick-Hacks, die Jugendbildungsstätte nicht in Lindau gebaut werden.

Der OB habe eine besondere Aufgabe in dieser Sache: „Die Stadt leidet schon lange daran, daß der Herr Steuerer selten gewillt ist, Verantwortung zu übernehmen. Er hat zwar den „Dampfer“ gewechselt, ist aber auf dem neuen Schiff Zeller-Fackelmayer nicht Kapitän, sondern wieder nur Leichtmatrose“, sagte Niedermeier.

nm

Angriffe gegen Hans-Peter Niedermeier führten zu tumultartigen Szenen im Sitzungssaal

Der Stadtrat ermächtigt in Sondersitzung Oberbürgermeister Josef Steurer zu Verhandlungen über Alternativgrundstücke

Nachdem die Stadtratssitzung am Donnerstagabend vor gut 30 Zuhörern nach heftigen Angriffen des Fraktionsvorsitzenden der Freien Bürgerschaft, Michael Zeller, gegen den CSU-Stadtrat Hans-Peter Niedermeier zu plätzen, gedroht hatte, wurde doch noch eine einstimmige Abstimmung erreicht: Das Plenum ermächtigte Oberbürgermeister Josef Steurer, Verhandlungen für ein Alternativgrundstück zum Bau einer Jugendbildungs- und Begegnungsstätte zu führen. Die Nachricht, daß „Auf den Wäsen“ nicht gebaut wird (die LZ hat berichtet) veranlaßte mehrere Redner zu Dank an Landtagspräsident Dr. Franz Heubl, aber auch an Dr. Horst Stern.

Als Gründe für die Sondersitzung des Stadtrats nannte der Oberbürgermeister unter anderem das rasche Schaffen von Verhandlungsmöglichkeiten mit dem Bezirk Schwaben und dem Freistaat Bayern sowie das Bestreben, dem Appell Dr. Heubls zu folgen und alle Parteien und Gruppierungen wieder zu sachlicher Arbeit an den Tisch zu bringen. Diese Worte verband er gleich noch mit einem öffentlichen Dank an den Landtagspräsidenten für seine Bemühungen in dieser Angelegenheit. Heubl habe den Willen der Bürgerschaft respektiert, so wie dies auch von Anfang an seiner eigenen Zielsetzung entsprochen habe.

Angesichts der Tatsache, daß die von ihm verfügte Aussetzung des Stadtratsbeschlusses vom 3. Juli (in dieser Sitzung wurde der Bebauungsplan „Auf den Wäsen“ genehmigt, d.Red.) möglichst rasch Verhandlungsmöglichkeiten mit allen Beteiligten herbeiführen sollte, wies Josef Steurer unqualifizierte Behauptungen, wie einen „Vertrauensbruch des Oberbürgermeisters“ entschieden zurück. Er verwahrte sich ebenso gegen die „zum Teil respektlosen und in der Sache unzutreffenden Ausfälle des Herrn Niedermeier in der letzten Vorstandssitzung der Jungen Union“. Wenn Niedermeier behauptete, es gehe Steuerer um eine Verschlechterung des Klimas, um Verunglimpfungen und einen Mangel an Mut zur Verantwortung, dann müsse er umgekehrt solches als Verunglimpfung bezeichnen. Steuerer sprach

gebiet liegt. Bei den Gesprächen über Alternativgrundstücke dürfe die Stadt nicht in den Fehler verfallen, ohne eingehende Prüfung und Beratung mit dem Bezirk zu sagen „da oder dort ist der neue Standort“. Ein solches Vorgehen könnte leicht zu neuen Verärgerungen führen. Ebenso falsch sei es allerdings, würde man jeden anderen denkbaren Standort von vorneherein vermissen.

Steurer wollte klarstellen, daß er sich zum Standort Hintere Insel nicht ablehnend verhalten habe, indes offen einige Bedenken äußern müsse. Eine Jugendbegegnungsstätte müsse in eine Gesamtkonzeption für die Hintere Insel eingebunden werden, diese Gesamtplanung existiere jedoch noch nicht.

CSU-Fraktionsvorsitzender Walter Herles bedauerte den harten Angriff des Oberbürgermeisters gegen Hans-Peter Niedermeier zu einem Zeitpunkt, da der Anfang für eine neue Zusammenarbeit gesetzt werden sollte. Aus dem Munde von Herles erfuhren zahlreiche Stadträte und auch der Oberbürgermeister von der Entscheidung, die an diesem Nachmittag in München getroffen worden war: „Das Land Bayern finanziert den Kauf des gesamten Geländes, die Stadt braucht nichts zu bezahlen.“ Nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden müßten alle Anstrengungen unternommen werden, die Jugendstätte nach Lindau zu bringen. Dabei sei der Platz auf der Hintere Insel gar nicht so sehr von der Hand zu weisen.

Die positive Nachricht aus München veranlaßte den Oberbürgermeister zu einem herzlichen Dank an Landtagspräsident Heubl und alle Beteiligten an dieser erfreulichen Lösung.

Da meldete sich Hans Peter Niedermeier zu Wort. Er wandte sich an den „Stadtratsvorsitzenden“ (Steurer) und führte aus.



Durchs Objektiv gesehen: Nach der „Zigarrenverteilung“ die Friedenspfeife

Wir danken den Lindauer Bürgern!

Durch Ihren persönlichen Einsatz, Ihre rege Beteiligung bei der Bürgeraktion ist es uns gelungen, das Bodenseeufer von der Verbaugung „Auf den Wäsen“ freizuhalten. In diesem Zusammenhang gilt der Dank auch Herrn Dr. Horst Stern, der uns durch sein mutiges Eintreten eine unschätzbare Hilfe war.

Wir hoffen sehr, daß nunmehr die gedeihliche Zusammenarbeit aller Fraktionen im Stadtrat wieder hergestellt werden kann, zum Wohle aller Bürger unserer schönen Inselstadt.

Bürgerkomitee

München hat die Situation richtig eingeschätzt

Im Eifer des Gefechtes ist am Donnerstagsabend im Stadtrat völlig übersehen worden, dem Manne zu danken, der zweifellos das Hauptverdienst daran hat, daß der „Wäsenkrieg“ nun beendet worden ist, nämlich Landrat Klaus Henninger: Hätte er nicht alle gutgemeinten Ratschläge in den Wind geschlagen, hätte er sich nicht durch seine beharrliche Rechthaberei und seine Angriffe auf Gott und die Welt von Tag zu Tag mehr verrannt und in eine ausweglose Sackgasse hineinmanövriert, hätte er nicht sein eigenes und insbesondere das Ansehen der gesamten CSU — nicht nur in Lindau — untergraben, und hätte er schließlich nicht noch gegen einen so hoch angesehenen Mann wie Dr. Stern, der soeben von einem CSU-Minister in den „Obersten Naturschutzbeirat“ berufen worden ist, Strafanzeige erstattet, dann wäre wohl noch lange nichts passiert. So aber war Eile geboten und zum Glück hat München die Situation richtig eingeschätzt. Wir, die wir von Anfang an und konsequent den Standpunkt vertreten haben, daß die noch freien Uferflächen nicht bebaut werden dürfen, freuen uns besonders darüber, daß durch das rasche Handeln Münchens die Dinge nun bereinigt sind und in Lindau endlich wieder Ruhe einkehren kann.

Die Stadträte der Freien Bürgerschaft
Bänziger, Grättinger, Dr. Fischer, Zeller

Ergebnis der Abstimmung eindeutig

Der Darstellung von Frau Spangehl, in der Mitgliederversammlung der LWG sei „nebenbei“ eine Stimmenmehrheit gegen den Bau einer Jugendbegegnungsstätte „Auf den Wäsen“ entstanden, muß widersprochen werden.

Die Abstimmung wurde bewußt herbeigeführt, um den Mitgliedern, die bisher nicht befragt wurden, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Vorausgegangen war ein Treffen von LWG-Mitgliedern, bei dem beschlossen wurde, folgende Punkte bzw. Fragen in der Mitgliederversammlung zu behandeln:

1. Begründung der einzelnen LWG-Stadträte über ihre zustimmende bzw. ab-

ANZEIGE

**Fotokopien
sofort + billig KASPAR**

lehende Haltung bei der Abstimmung über den Bebauungsplan „Auf den Wäsen“ am 3. 7. 1979.

2. Frage an Frau Spangehl, mit welchem Recht sie in dieser Abstimmung im Namen der LWG-Mitglieder sprach, ohne deren Meinung darüber überhaupt zu kennen.

3. Frage an Dr. Mang, warum er bei der Kreistagssitzung im Juli in Scheidegg sogar gegen die Vertagung der Entscheidung über die Aufhebung des Landschaftsschutzgebietes, bis zur Prüfung etwaiger Alternativstandorte stimmte.

4. Bemängelung des spärlichen Informationsflusses an die LWG-Mitglieder über wichtige Vorgänge im kommunalen Geschehen. Braucht man die Mitglieder erst bei der nächsten Wahl wieder?

5. Antrag auf (geheime) Abstimmung der Mitglieder über ihre Haltung zum Bau der Jugendbegegnungsstätte „Auf den Wäsen“.

Das Ergebnis der Abstimmung über Punkt 5, mit 15:8 Stimmen gegen eine Bebauung „Auf den Wäsen“ ist eindeutig. Es ist das gute Recht der Stadträte Frau Musack, Frau Spangehl und Dr. Mang, in dieser Sache eine andere Haltung einzunehmen. Sie werden ihre Gründe dafür haben.

Wenn man aber einerseits für sich in Anspruch nimmt, nur nach seinem Gewissen entscheiden zu können, sollte man andererseits nicht so tun, als habe man die Mitglieder der LWG hinter sich.

Die Haltung der LWG-Mitglieder festzustellen, war Sinn und Zweck des entsprechenden Antrags. Das Recht der drei genannten Stadträte auf andere Meinung sowie der Zusammenhalt innerhalb der Lindauer Wählergemeinschaft, bleibt davon unberührt.

Jakob Lingenhölin, Bantingstraße 4

DER LESER HAT DAS WORT

Genug über die Bebauung des Uferbereichs geschrieben

Als eine Lindauer Hausfrau möchte ich mich auch einmal über dieses Thema äußern dürfen. Ich kann es bald nicht mehr lesen, dieses Hin und Her um die Bebauung des See-Ufers in Zech. Ich meine, Herr Landrat Henninger sollte es endlich genug sein lassen. Es wäre wohl nicht so zeitraubend gewesen, einfach in die Versammlung am 20. September 1979 in die Sängerrhalle zu kommen, um über dieses Thema und alle damit vorhandenen Probleme zu diskutieren. Ich persönlich habe mir längst meine Meinung gebildet. Was soll's also. Im übrigen leben wir in einer Demokratie. Wenn sich die Herren durchaus nicht einigen können, würde ich vorschlagen, die Bevölkerung zu einer Abstimmung aufzurufen. Was die Klage wegen Beleidigung betrifft, die Herr Henninger gegen Herrn Dr. Stern stellen will, so kann ich mich noch gut an den Artikel in der Lindauer Zeitung erinnern, den Herr Henninger geschrieben hat. Hier war in „verletzender“ Weise von einem Gespann (Don Quichotte) die Rede.

Julia Blasche, Kirchgasse 9 a

Gegen Bebauungsplan „Auf den Wäsen“ 47 Einsprüche

47 Lindauer Bürger haben bis gestern nachmittag, dem Ende der Auflegungsfrist für den umstrittenen Bebauungsplan „Auf den Wäsen“ Einspruch eingelegt. Die meisten Bedenken richten sich dagegen, daß für den Bau einer Jugendbildungs- und Begegnungsstätte durch den Bezirk Schwaben ein seit 27 Jahren bestehendes Landschaftsschutzgebiet zerschlagen würde, obwohl das Projekt nicht standortbezogen sei. Da sich Bayerns Landtagspräsident Dr. Franz Heubl und Umweltminister Alfons Dick gegen eine Bebauung ausgesprochen und die finanziellen Mittel für den Ankauf des Geländes in Aussicht gestellt haben, wird sich nun der Stadtrat erneut mit dem Bebauungsplan „Auf den Wäsen“ beschäftigen. Wird der vom Plenum genehmigte Plan zurückgenommen, sind die Einsprüche der Bürger hinfällig, ist dies nicht der Fall, muß sich der Stadtrat mit einem ausführlichen Prüfungsbericht befassen.

-rer

**Arm See
und nicht**

**Natur!
Beton!**

An alle Haushaltungen

Brief des OB Heuser vom Mi, 10.
12. 79, in der HOK: Er drückte mir
seinen Respekt und besten Dank für
meinen ungeheuren
schätzte sich glück-
lich, über den Wärm-
mit mir zusammen-
gekommen zu
sein.

Ehrliches Bemühen um sachliche Zusammenarbeit

Zum Leserbrief „Erst unflätige Beschimpfung, dann als Friedensengel“ in der LZ vom 9. Oktober:

Eigentlich hatte ich vor, mich nicht in die Leserbriefschlacht einzumischen, sehe mich aber gezwungen, jetzt doch einige Anmerkungen zu dem Leserbrief der Damen Sperlich und Krämer zu machen.

Erstens: Wer die gesamte Debatte um die Jugendbildungsstätte verfolgte, der wird verstehen, daß dieser „Wäsen-Krieg“ (Fackelmayer) nicht nur dem Landrat und dem Oberbürgermeister, sondern auch den Stadträten ganz erheblich „an die Nieren ging“. Das hektische Klima mag entscheidend dazu beigetragen haben, daß meine Angriffe auf den Oberbürgermeister in der Härte möglicherweise etwas über das Ziel hinausgingen. Ähnliches ist auch von der Gegenattacke des OB auf meine Person zu sagen.

Nachdem nun durch das geschickte Verhandeln und Verhalten des Landtagspräsidenten Dr. Franz Heubl eine für alle Seiten vertretbare Lösung für das Gebiet „Auf den Wäsen“ gefunden wurde, habe ich mich im letzten Stadtrat nach einem verbalen Schlagabtausch zwischen dem OB und mir verpflichtet gefühlt, meinen Beitrag zu leisten, um eine sachliche Stadtrats-Zusammenarbeit im Interesse der Lindauer Bürger wieder zu ermöglichen. So sah es auch der Oberbürgermeister und so kam die Versöhnung zustande. Das hat nichts mit

„Friedensengel“ zu tun, sondern das ist der Versuch, im Stadtrat wieder ein menschliches Miteinander zu erreichen.

Diesbezüglich mag jeder die Ausfälle des Herrn Zeller selbst werten.

Zweitens: Was die Fackelmayer-Äußerung bezüglich meiner Stadtratstätigkeit anbelangt, so vertritt ich die Meinung, daß die Arbeit in den Ausschüssen weit wichtiger ist, als „Fensterreden“ im Lindauer Stadtrat. Ich selbst habe mehr als ein Jahr in drei der fünf großen Ausschüsse gearbeitet (von den anderen Stadträten ist alleine Bürgermeister Euringer dermaßen eingespannt gewesen). Hier wurde die notwendige Kleinarbeit gemacht, die das Gespann Zeller/Fackelmayer im Stadtrat, in großen Worten, unberechtigterweise als ihre Leistung verkaufen.

Herr Dr. Zobel behauptet des öfteren, er brauche mehr Zeit im Stadtrat als die anderen Stadträte für seine Ausführungen, weil er nicht die Möglichkeit hat (kein Fraktionsstatus) in den Ausschüssen seine Vorstellungen zu entwickeln.

Ich möchte für meine Person sagen; ich verzichte lieber auf eine Wiederholung dessen, was Vorredner bereits gesagt haben, was in der Fraktionserklärung bereits zum Ausdruck kam, und dessen, was ich bereits in den Ausschüssen schon zwei- oder dreimal gehört oder selbst gesagt habe. Ich brauche mich derart nicht profilieren. Aber bescheidene Zurückhaltung ist eben eine

Charaktereigenschaft, für die Personen wie Fackelmayer und Zeller offensichtlich wenig Verständnis haben.

Drittens: Es wäre den schreibenden SPD-Damen besser angestanden, einen besseren Leserbrief-Abschluß zu finden, als den, meine Aufwandsentschädigung sei zu hoch.

Offensichtlich hat es Frau Krämer noch nicht überwunden, daß sie trotz bester Platzierung durch die SPD vom Wähler in der Kommunalwahl so zurückgewählt wurde, daß sie sich selber nicht überlegen muß, was man mit einer Stadtrats-Aufwandsentschädigung macht.

Zu Frau Sperlich, die ich lediglich aus Leserbriefen kenne, möchte ich nur sagen, gerade sie als Jungsozialistin sollte doch nicht die Auffassung vertreten, daß es eine Frage des Alters sein kann, will man gegenüber einer anderen Person Kritik anmelden.

Schade ist es, daß die SPD in Lindau immer wieder durch „Scharfmacher“ in Erscheinung tritt, gibt es doch gerade im Lindauer Stadtrat einige SPD-ler, mit denen eine gedeihliche Zusammenarbeit möglich war und in Zukunft auch sein wird.

Im Stadtrat muß wieder Vertrauen und „Shake-Hands“ Boden gewinnen. Die CSU, die LWG, Dr. Zobel, der OB, alle haben sie Bereitschaft dazu erklärt; hoffentlich können auch die Fraktionsführer von FB und SPD über ihren eigenen Schatten springen.

Hans-Peter Niedermeier, Stadtrat

Entschuldigung beim OB kam erst nach der Rüge

Zum Leserbrief des Herrn Niedermeier vom 11. Oktober müssen einige Anmerkungen gemacht werden, da sonst ein falscher Eindruck entstehen würde.

1. Herr Niedermeier bequeme sich erst nach langem Zureden eines Fraktionskollegen, sich beim Oberbürgermeister zu entschuldigen.

2. Dies war natürlich nach meiner Rüge an ihn.

3. In diesem Leserbrief versucht Herr Niedermeier bewußt, einen anderen Eindruck zu erwecken. Peinlich. Er lernt scheinbar immer noch nicht dazu.

4. Die Lindauer Zeitung hat leider nicht berichtet, warum ich Herrn Niedermeier ins Visier nahm. Eineinhalb Jahre lang schwieg er sich aus, verfaßte aber ständig Zeitungsartikel, darunter auch den letzten aus einer Vorstandssitzung der

Jungen Union! Dies war nicht ein einmaliger Fall, sondern wiederholte sich in Regelmäßigkeit mit teils eigenartigen Äußerungen.

5. Daß Herr Niedermeier sich persönlich der bescheidenen Zurückhaltung bezieht und dies noch als eine Charaktereigenschaft hinstellt, mag nur der, der ihn kennt, selbst beurteilen.

Michael Zeller

*

Mit den beiden konträren Meinungsäußerungen der Herren Niedermeier und Zeller soll der „Nachtarock“ über das Problem „Auf den Wäsen“ abgeschlossen werden.

Die Redaktion

Die Veröffentlichungen unter der Rubrik „Der Leser hat das Wort“ stellen keine redaktionelle Meinungsäußerung dar. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Briefe werden nur mit voller Namensnennung veröffentlicht.

Vernunft, wenn ich die verwisch

„Vernunft, wenn ich die verwisch“ war eine Ermahnung unseres alten Lehrers. Die Nachricht der „Lindauer Zeitung“ vom 30. Oktober gab mir Veranlassung, daran zu denken. Die Überschrift „Das Projekt der Jugendbegegnungsstätte in Lindau ist nun endgültig vom Tisch“.

Dazu die Bezirksrätin Hinz: „Wir haben uns eine Laus aus dem Pelz gezogen.“ Mit einer Tragikomödie endet also dieser Streit. CSU-Landrat Henninger hat bis zur Selbstaufopferung mit seinen Getreuen für dieses Projekt gekämpft, und der Oberbürgermeister hatte den Mut, gestützt von der Lindauer Bürgerschaft, gegen die geplante Verbauung des Bodenseeufer einzutreten. Der Streit wurde in die Bürgerschaft getragen. Und nun, man staune, finden die Oberen, auch Herr Bezirkstagspräsident Dr. Simnacher, das Geld sei besser für andere die Jugend fördernde Zwecke einzusetzen, einer von der FDP meint gar, der Gedanke, für ein paar Funktionäre über 10 Millionen auszugeben, sei ihm immer unheimlich gewesen. Und nun komme ich zum zweiten: Trotz aller Beteuerungen, zu sparen, sind die

Leute von der CSU bereit, für diese und ähnliche Projekte Millionen auszugeben und unterscheiden sich in diesem Punkte in nichts von der Konkurrenz von der SPD.

Die Sparer legen jedes Jahr Groschen und Groschen zurück, die Parteien den

ANZEIGE

Fotokopien
sofort + billig

KASPAR

ken aber in Millionen. Großzügig forderte Herr Simnacher von der Stadt Lindau eine unglaublich hohe Ablössungssumme zurück, geht es doch um sage und schreibe mehr als 150 000 Mark, und will jetzt - soviel man hört - nichts mehr haben. Wo bleibt da die sparsame Kalkulation?!

Wenn es so weiter geht, wird wieder einmal zur Bereinigung die dritte Währungsumstellung kommen, und die Sparer werden in den Mond gucken.

Dr. H. Schlichenmaier
Eichbühlweg 24

Lindauer Zeitung, 07.11.1979

Einstimmige Empfehlung des Bauausschusses

Bebauungsplanverfahren „Auf den Wäsen“ soll eingestellt werden

Nachdem sich der schwäbische Bezirkstag dafür entschieden hat, auf den Bau einer Jugendbildungs- und Begegnungsstätte im Bereich des Gebiets „Auf den Wäsen“ zu verzichten, beschloß der städtische Bauausschuß in seiner öffentlichen Sitzung am Montag einstimmig das Bebauungsplanverfahren einzustellen und den Aufstellungsbeschluß vom 7. Dezember 1975 aufzuheben. Eine Empfehlung, ebenso zu handeln, richtete der Bauausschuß an den Stadtrat.

Verbunden ist dieser Beschluß mit dem Antrag an die Untere Naturschutzbehörde (den Kreistag), die alten Grenzen des Landschaftsschutzgebietes aus dem Jahre 1952 wiederherzustellen und die Bereiche Weiherbiotop und Iriswiese unter Naturschutz zu stellen.

Über den Sachverhalt berichtete Oberbürgermeister Josef Steurer und stellte an den Beginn seiner Erläuterungen den Hinweis auf den endgültigen Verzicht des Bezirkstages. Er blendete anschließend zurück ins Vorfeld und teilweise turbulenten Auseinandersetzungen um den Bebauungsplan „Auf den Wäsen“, erinnerte an die vor der Genehmigung in der Stadtratssitzung vom 3. Juli eingegangenen 7000 Unterschriften wie an die spätere Aktion eines überparteilichen Bürgerkomitees gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes, für die nicht weniger als über 9000 Unterschriften meist Lindauer Bürger zusammenkamen. 51 Bürger brachten während der Auslegungsfrist ihre Anregungen und Bedenken zum Bebauungsplan vor. Weil die Prüfung dieser Einwendungen mindestens drei bis vier Monate Zeit in Anspruch nehmen würde, sollte genau überdacht werden, ob es sinnvoll sei, das Bebauungsplanverfahren überhaupt weiterzuführen.

Von Steurer erfuhren die Ausschußmitglieder noch, daß sich im Laufe der annä-

hernd vierjährigen Dauer der Aufstellung des Bebauungsplanes die seinerzeit anstehenden Fragen bereits erledigt hätten, beziehungsweise in der ursprünglichen Form nicht mehr bestünden. Lediglich das Projekt eines TSG-Clubheimes, öffentlicher Toiletten und eines kleinen Dienstgebäudes für das Wasserwirtschaftsamt, wie die Erweiterung des Forschungsinstituts von Dr. Felix Wankel stünden noch an. Für das erste Projekt habe der Bauausschuß seine Zustimmung gegeben; die Prüfung erfolge derzeit bei der Regierung in Augsburg. Dort könnte auch eine Klärung für den Fall Wankel erfolgen.

Abschließend erinnerte der Oberbürgermeister noch an die Aufhebung des Landschaftsschutzgebietes durch einen Kreistagsbeschluß am 31. Mai 1979 ohne einen Antrag der Stadt Lindau.

Rolf Fackelmayer nahm die Bauausschußsitzung zum Anlaß, jenen Bürgern zu danken, die das Bürgerkomitee in seinem Bemühen, den Uferbereich von Bebauung freizuhalten, mit insgesamt 8500 DM auch finanziell unterstützt haben. Ein Dank, dem sich auch der OB anschloß.

Emil Bernhard wollte einer Aufhebung des Bebauungsplanverfahrens erst dann zustimmen, wenn die finanzielle Seite geklärt ist. Er als Befürworter der Jugendstätte befürchtete, sein Ja könnte letztlich auch ein Ja für die Anerkennung der vom Bezirk geforderten 157 000 DM an Planungskosten für den Bezirk bedeuten.

Erich Kramer hielt ein Einstellen für sinnvoll, wollte jedoch noch einmal sein Bedauern über das Scheitern des Projekts ausdrücken: „Die Beklagenswerten sind die Jugendlichen!“

Als sich der OB anschickte, zur Abstimmung zu bitten, verließ Emil Bernhard den Sitzungsraum.

-rer

Der Bezirkstag von Schwaben bedauert fast einmütig die Entwicklung des Projekts Jugendbildungsstätte

Zu den Leserbriefen „Wertvolle Lehre kann aus einem Narrenspiel gezogen werden“ von Dr. Helmut Lindemann und „Vernunft, wenn ich die verwisch“ von Dr. H. Schlichenmaier vom 2. und 3. November 1979 in der „Lindauer Zeitung“.

Die von Herrn Dr. Helmut Lindemann, Nonnenhorn, und von Herrn Dr. H. Schlichenmaier, Lindau, veröffentlichten Leserbriefe sind angesichts einer mangelhaften Berichterstattung über die Bezirkstagsitzung vom 29. Oktober 1979 verständlich, wurden doch zwei in der Bezirkstagsitzung geäußerte Einzelmeinungen in den Mittelpunkt des Berichts gestellt, nicht jedoch die Auffassung der weit überwiegenden Mehrheit der Bezirkstagsmitglieder. Ich erlaube mir deshalb noch einmal, den Standpunkt des Bezirkstags von Schwaben, wie er sich von 27 der 29 Mitglieder artikuliert, darzulegen:

Der Bezirkstag von Schwaben bedauert fast einmütig die Entwicklung, die sich mit dem Bau einer Jugendbildungsstätte für den Bezirk Schwaben ergeben hat. Er stünde heute noch zur Verwirklichung des Projekts, wenn sich die baurechtlichen Grundlagen verwirklichen ließen und dies von der Mehrheit der Lindauer Bürger akzeptiert würde. Der Bezirk verschließt sich allerdings nicht den neuen Wertigkeiten, die sich nach sechsjähriger gemeinsamer Planung überraschend ergeben haben, wonach Landschaftsschutz höher zu stellen ist als die Verwirklichung eines Projekts, das der dringend notwendigen Jugendbildung und internationalen Jugendbegegnung dient. Aus diesem Grunde war der Bezirkstag bereit, seine Baumaßnahme unter den Voraussetzungen aufzugeben, daß der Grunderwerb vom Freistaat Bayern bezuschußt und der Planungsschaden, der dem Bezirk entstanden ist, von der Stadt Lindau wenig-

stens durch Übernahme der Planungskosten ersetzt wird.

Mit diesem Schritt zeigt der Bezirk, so meine ich, angesichts der jahrelang gegebenen Vertrauenssituation zwischen drei öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften beachtliches Entgegenkommen, zumal die Absicht besteht, das vermutlich nicht mehr zur Bebauung anstehende Grundstück öffentlichen Erholungszwecken, besonders für die Lindauer Bevölkerung, zur Verfügung zu stellen.

Durch die Entwicklung der letzten Monate soll das stets gute Verhältnis zwischen Bezirk, Stadt und Landkreis Lindau nicht getrübt werden. Andererseits gebietet die Verantwortung für die Finanzen des Bezirks, die Ansprüche geltend zu machen, die nach allgemein bestehenden Rechtsregeln zu erheben sind. Fast alle Bezirksräte sind der Auffassung, daß auch heute noch die Errichtung einer Jugendbildungs- und -begegnungsstätte ein dringendes Anliegen für die Jugend des Bezirks darstellt. Die Aufgabe ist nicht aufgehoben.

Die durch das Scheitern des Bauprojekts in Lindau eingetretene Verzögerung macht es allerdings notwendig, dem Bezirksjugendring eine schnelle Zwischenlösung anzubieten, zu der der Bezirk in der Lage ist. Mit diesem Zwischenangebot ist es dem Bezirk und dem Bezirksjugendring möglich, in aller Ruhe und unter der Prioritätenwahl, welche die Verantwortung für die Finanzen aufgibt, einen neuen Standort zu wählen. Eile kann hier nicht der richtige Ratgeber sein. Für die neue Standortwahl besteht für den Bauherrn wieder die „Stunde Null“, insofern, als alle mittlerweile dem Bezirk vorliegenden Angebote, auch das der Stadt Lindau, in eine ruhige, objektive Untersuchung einbezogen werden müssen. Ohne Zweifel war die Lage des Lindauer Grundstücks

bisher ein maßgeblicher Gesichtspunkt für die Entscheidung zugunsten Lindaus.

Nunmehr wird es darauf ankommen, wie sich das endgültige Angebot der Stadt im Verhältnis zu denen der vielen anderen Städte darstellt. Verständlicherweise kann es in der jetzigen Phase der Entwicklung innerhalb des Bezirksgebietes nur

Wo finde ich Hilfe?

Apotheken-Notdienst ab heute, Dienstag, 8 Uhr, bis morgen, Mittwoch, 8 Uhr: Bahnhof-Apotheke, Reutin, Bregenzer Straße 51, Telefon 58 21.

Krankentransporte und Unfallrettungsdienst: Telefon 2 22 22.

27.11.20.11.79
Gleichbehandlung aller Bewerber geben und keine von vornherein gegebene Bevorzugung für Lindau.

Im Namen des Bezirks möchte ich mich bei allen, insbesondere Herrn Landrat Henninger, dem Kreistag und den Stadträten bedanken, die sich bisher in so starkem Maße für die Verwirklichung des Jugendbildungsprojekts eingesetzt haben. Die bedauerliche Entwicklung der letzten Wochen soll nicht zur Störung des Verhältnisses, wohl aber zur sachlichen Bereinigung führen. Ich hoffe, daß diese Klarstellung der Aufhellung der wirklichen Meinung des Bezirkstags dient und daß damit allen anderen in den Leserbriefen geäußerten Vermutungen die Grundlage entzogen ist.

Dr. Georg Simnacher,
Bezirkstagspräsident



Biotop im Bereich „Auf den Wäsen“ soll unter Naturschutz kommen

Das reizvolle kleine Biotop im Bereich des außer Kraft gesetzten Bebauungsplanes „Auf den Wäsen“ soll unter Naturschutz gestellt werden. Dafür hat sich der Lindauer Stadtrat in seiner jüngsten öffentlichen Sitzung mit großer Mehrheit entschieden. Den Status des Naturschutzes soll außerdem die angrenzende Iriswiese erhalten, einer der wenigen Standorte der blauen und gelben Iris, die im Frühjahr von Jahr zu Jahr die Naturfreunde erfreuen. Auf der Iriswiese, die an den städtischen Campingplatz angrenzt und im Biotop gibt es immer noch zahlreiche Pflanzenbeziehungsweise Tierarten, die den Naturschutz angeraten erscheinen lassen. Bevor jedoch über die Frage des Naturschutzes entschieden wird, steht die Frage an, ob in unmittelbarer Nachbarschaft der Landschaftsschutz wieder hergestellt wird, der nach rund 26 Jahren im Juli dieses Jahres aufgehoben worden war. In einer seiner nächsten Sitzungen wird sich der Kreistag als untere Naturschutzbehörde darüber aussprechen müssen.

LZ-Bild: Urbanzyk

Erich Jörg
Brougierstr. 51
8990 Lindau (Bodensee)

Lindau, den 25. 9. 1979

Herrn Ministerpräsident
Dr. Franz Josef Strauß
Staatskanzlei

8000 München

Betreff: Verbauung des Lindauer Bodenseeufer

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Strauß!

Durch Anfragen im Landtag, Zeitungsberichte und Briefe des Deutschen Naturschutzrings sowie von Landrat Henninger ist sicherlich bereits Ihre Aufmerksamkeit darauf gelenkt worden, daß zurzeit am Lindauer Bodenseeufer die Welt nicht mehr in Ordnung ist.

Grund des Streits: Der Bezirk Schwaben plant im Landschaftsschutzgebiet Bodenseeufer in Lindau-Zech für mehrere Millionen Mark die Errichtung einer Jugendbildungs- und -begegnungsstätte. Zu diesem Zweck hob der Lindauer Kreistag unter Federführung von Herrn Landrat Henninger das Landschaftsschutzgebiet auf, ein Schutzgebiet, das schon vor 28 Jahren amtlich als schutzwürdig ausgewiesen worden ist. Auch der Lindauer Stadtrat stimmte mehrheitlich für den Bebauungsplan "Auf den Wäsen".

Unter dem Eindruck von 7000 Proteststimmen hob der Lindauer Oberbürgermeister kurz danach den Vollzug des Stadtratbeschlusses auf. Weder beim Landrat noch bei der Regierung von Schwaben noch vor dem Verwaltungsgericht Augsburg drang der OB durch.

Seither wehrt sich die Lindauer Bevölkerung mit dem OB an der Spitze verzweifelt, das Lindauer Bodenseeufer zu retten. Zu Ihrer Kenntnis sei gesagt, daß es sich hier um das letzte Stück Lindauer Bodenseeufer handelt, das noch unverbaut ist. Alle Proteste fruchteten bisher weder bei Herrn Landrat Henninger noch bei dem Bezirk Schwaben. Selbst ein Protestschreiben des weltberühmten Nobelpreisträgers Professor Dr. Konrad Lorenz zeigte keine große Wirkung.

Kraft Ihres Amtes und Ihrer Person bitte ich Sie dringend, ein klärendes Wort zugunsten der Lindauer Bevölkerung zu sprechen. Es geht um ein schönes Stück Bayernland, das mehr als erhaltungswürdig ist. Gerade die Öffentliche Hand sollte hier nicht mit schlechtem Beispiel vorgehen, ein Schutzgebiet zerschlagen, um dann dort für viele Millionen Mark an Steuergeldern ein Großvorhaben hochzuziehen.

Ich bin mir sicher, daß Sie mir zustimmen, wenn ich feststelle, daß in einer Demokratie der Bürgerwille zu achten ist. 7000 Wählerstimmen dürfen doch nicht einfach unter den Tisch gekehrt werden! Ich bin überzeugt, daß die Auswirkungen bei der nächsten Wahl im Jahre 1980 zu spüren sind, falls die Lindauer CSU nicht einlenkt. Es könnte gewiß auch nicht in Ihrem Interesse liegen, wenn der Streit bis zur Bundestagswahl 1980 andauert.

Ich richte die große Bitte an Sie: Schenken Sie dem Streit in Lindau Ihre Aufmerksamkeit. Viele Bürger werden es Ihnen zu danken wissen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Erich Jörg

Bayerische Staatskanzlei

Nr. AI7 - 21831 - 21
(Im Antwortschreiben bitte angeben)

München, den 4. Dezember 1979
Durchwahl-Nr. 338
(089) 21 65 -

Herrn
Erich Jörg
Brougierstraße 51
8990 Lindau

Landschaftsschutz am Bodensee

Sehr geehrter Herr Jörg!

Der Herr Ministerpräsident hat die Staatskanzlei beauftragt, Ihnen für Ihr Schreiben vom 25. September 1979 zu danken.

Zwischenzeitlich hat sich der von Ihnen angesprochene Sachverhalt grundlegend geändert. Der Bezirk Schwaben erwarb im November 1975 in Lindau am Bodenseeufener ein im Landschaftsschutzgebiet "Bodenseeufener" gelegenes Grundstück, um darauf eine Jugendbildungsstätte zu errichten. Der Stadtrat von Lindau beschloß am 3. Juli 1979, der Aufhebung des Landschaftsschutzgebietes für den Baubereich zuzustimmen, den Bebauungsplan entsprechend zu ändern und den Entwurf öffentlich auszulegen. Der Kreistag des Landkreises Lindau hob am 27. Juli 1979 die Landschaftsschutzverordnung im Baubereich auf. Am 16. August 1979 wurde die entsprechende Änderungsverordnung von der Regierung von Schwaben genehmigt;

sie trat am 23. August 1979 in Kraft.

Aufgrund der kontroversen öffentlichen Diskussion und einer großen Zahl von Eingaben an die Staatsregierung bat das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen den Bezirkstagspräsidenten von Schwaben, zusammen mit der Stadt Lindau zu prüfen, ob die Jugendbildungsstätte an anderer Stelle in Lindau errichtet werden könne, damit das Ufergrundstück von einer Bebauung freibleiben könnte. Diese Entwicklung veranlaßte den Bezirk, seine Baupläne nochmals zu überdenken.

Nach eingehenden Verhandlungen zwischen dem Bezirk Schwaben, der Stadt Lindau und dem Landrat von Lindau, an denen das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen sowie der Bayerische Landtagspräsident wesentlich beteiligt waren, wird nunmehr der Bezirk das von ihm vor einigen Jahren erworbene Ufergrundstück am Bodensee der Stadt Lindau zu Freizeit- und Erholungszwecken zur Verfügung stellen. Dies beschloß der Bezirkstag von Schwaben in seiner Sitzung vom 29. Oktober 1979. Daraufhin sieht sich das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen in der Lage, den Grundstückskauf aus dem Programm "Freizeit und Erholung" zu fördern.

Bereits am 4. Oktober 1979 hat der Stadtrat der Stadt Lindau beschlossen, einen anderen Standort für den Bau der Jugendbildungsstätte zu suchen. Ob und wann dieses Projekt verwirklicht werden wird, bleibt abzuwarten.

Mit der jetzt gefundenen Lösung wurde es möglich, diesen Abschnitt des Bodenseeuferes von einer weiteren Bebauung freizuhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Danschacher
Oberregierungsrat

Bericht des Naturschutzreferenten

Auf den sich bis zuletzt in dramatischer Weise verschärfenden Kampf um die Erhaltung des Landschaftsschutzgebietes am Seeufer zwischen dem Livana-Grundstück und der Leiblach brauche ich nicht näher einzugehen. Fast täglich berichtete die Presse darüber, und die vielen Leserbriefe zeigten, wie sehr sich die Lindauer Bevölkerung an dem Kampf unter dem Motto 'Natur statt Beton' beteiligte.

Ich möchte heute allen unseren Mitgliedern, die zusammen mit anderen Gruppen sich für den Schutz unseres Bodenseeuferes so aktiv eingesetzt haben, ebenso herzlich danken wie den vielen Jugendlichen, die sich spontan unserer Aktion anschlossen.

Das Naturbewußtsein und die Einsatzbereitschaft für die Erhaltung der natürlichen Landschaft ist an keine Grenzen gebunden und darf nicht beschränkt werden auf den Lebensraum Gebirge. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob wir uns gegen die Diktatur der Politik und kommerzielle und persönliche Interessen nicht durchsetzen können. Aber Bergsteiger kapitulieren nicht so leicht, und heute können wir sagen: Der Kampf und die Mühe haben sich gelohnt! In der vor wenigen Monaten vom Bund Naturschutz, Kreisgruppe Lindau, herausgegebenen Broschüre 'Die Natur im Landkreis Lindau', die sich jedes Mitglied beschaffen sollte, habe ich über die Zerstörung und Wandlung unserer bayerischen Bodenseelandschaft in den letzten 70 Jahren berichtet. Ich habe schon befürchtet, ich müßte ein weiteres unerfreuliches Kapitel anfügen, und bin froh, daß es beim Status quo bleibt.

Was bisher geschah und womit die heutigen Sünden immer so gern entschuldigt werden, fällt größtenteils in eine Zeit, in der das Umweltbewußtsein und die Sehnsucht nach der ursprünglichen Natur noch nicht so ausgeprägt waren wie heute. Damals ahnten die Menschen noch nicht, wie rasch und brutal sich ihre Heimat in den kommenden Jahrzehnten verändern würde, und konnten sich kaum vorstellen, daß ihre Kinder einmal in einer zersiedelten, von einem engen Straßennetz durchschnittenen und betonierten Landschaft leben müssen.

Deshalb sind heute Verstöße gegen den Landschaftsschutz viel strenger zu beurteilen als damals, als es noch keinen Naturschutzbeirat und keine behördliche Naturschutzstelle im Landratsamt gab.

Unsere Sektion hat bewiesen, daß sie die Richtlinien und Forderungen im neuen Grundsatzprogramm des Alpenvereins ernstnimmt, im alpinen ebenso wie im heimatlichen Bereich, und daß ihre Mitglieder bereit sind, auch dafür zu kämpfen, und dafür danke ich dem Vorstand und allen Mitgliedern. Besonders aber möchte ich den Einsatz von Erich Jörg erwähnen, der keine Zeit, keine Mühe scheute und unter persönlichen finanziellen Opfern wesentlich zum Gelingen unserer Bemühungen um die Freihaltung des Bodenseeuferes beigetragen hat.

Kurt Prandner

DEUTSCHER ALPENVEREIN



Erster Vorsitzender
8 München 22
Praterinsel 5, Telefon 293086
Dienstanschrift:

VD.R.Sander (RPU)

An den Vorsitzenden der
Sektion Lindau des Deutschen
Alpenvereins
Herrn
Eckard P r a n d n e r
Albert-Schweitzer-Str. 1
8990 L I N D A U/Bodensee

NEUE ANSCHRIFT
ab 1. November 1979
Am Hauptbahnhof 18
6000 Frankfurt am Main 1
Tel.-Sammel-Nr.
(0611) 25 77 1

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

Datum:

S/Me

07.02.1980

Betrifft:

Lieber Bergfreund Prandner,

erst aus dem letzten Mitteilungsheft habe ich ersehen, welch besonderen Anteil die Sektion Lindau unter Ihrer Anführung bei der geplanten Verbauung des Bodenseeufers hat. Herzlichen Glückwunsch zu diesem schönen Erfolg. Über die Unterschriftenaktion und das von Ihnen begründete Bürgerkomitee haben Sie ein großartiges Beispiel gegeben, wie man - selbst in ganz verfahrenener Situation und gegen schier übermächtige Interessen - der Sache des Naturschutzes doch zum Durchbruch verhelfen kann. Damit haben Sie vielen Mut gemacht.

Ich habe es so sehr bedauert, daß ich seinerzeit bei der Jubiläumsfeier auf Ihrer Lindauer Hütte nicht mit dabei sein konnte; hoffe aber sehr, daß wir zu guter Stunde uns dort einmal begegnen.

Mit besten Grüßen

Ihr

gez. R.Sander
(Reinhard Sander)

Fotokopie

Herrn
Erich Jörg
Dennenmosstr. 17
8990 LINDAU

mit der Bitte um Kenntnisnahme und
freundlichen Grüßen

Hermann Hesse: „Ein Wandertag mit seinem Freund Finkh“ (Auszug)

Auf der Anhöhe eines lichten, nach Süden hin mit Rebgrärten bedeckten Hügels tauchten, in schlanken Sprüngen laufend wie mutwillige Schulknaben, rasch hintereinander zwei Jünglinge auf, in Reisekleidern und jeder sein Wandergepäck am Riemen über der Schulter tragend.

Sie warfen ihre Ranzen ab und setzten sich am erhöhten Straßenrand auf das moosige Gemäuer. Sie beide waren auf der ersten größeren Reise ihres jungen Lebens begriffen, voll ungeduldiger Empfänglichkeit für die Schönheit der Welt und voll ahnungsvoller Erwartung ihrer Wunder, zu laute Hingabe und Bewunderung bereit, und zugleich voll Eroberungslust und Siegergefühl.

Vor ihnen fiel in sanften Hügelstufen mit Reben und Obstgärten das Land gegen den See hin abwärts, dessen blaue und manchmal blendend spiegelnde Fläche nahezu regungslos in großer Ausdehnung leuchtete und das ganze Land unermesslich weit, licht und klar machte. Kleinere Hügel mit weichen Waldrücken umschlossen zur Rechten das riesige Seebecken, auf ihren Höhen leuchteten Burgen, Klöster und Gehöfte, zu ihren Füßen schmiegte sich das blaue Wasser zärtlich in runde, weich verfließende Buchten.

An diesen Buchten da und dort lagen klein, still und säuberlich die Dörfer im Obstgartendunkel und die Städtchen mit Kirchturm und Schloss, einzelne träumerische Landhäuser, winzig und merkwürdig klar zu schauen, und auf der Seeseite, sparsam verteilt, schwammen die Fahrzeuge der Schiffer und Fischer. Zum Gebirge hinüberdeutend, rief einer der beiden begeistert: „Das muss der Säntis sein, der hohe, spitzige, da vorn und dort links hinüber geht unser Weg, morgen oder übermorgen sind wir mitten in den Alpen drin! Du! Es ist alle gerade so, wie ich es mir immer gewünscht habe, und noch schöner!“

Sie nahmen ihre Ranzen wieder auf und wanderten langsam weiter, bergabwärts gegen den klar heraufblauenden See und so durstig sie immer wieder die Ferne maßen und dieser ganzen Schönheit froh und Herr zu werden verlangten, fanden sie doch keine innere Rast und kein beschauliches Stehenbleiben mehr, sondern mussten, vom Wanderrausch getrieben, rasch und rascher gehen, um selber mitten darinnen zu sein.

Nachklänge

Lindauer Zeitung 10.03.1982

12. Mr. 10.3.82



Stern für Steurer



Zu keiner Zeit hat der Naturschutz mehr Freunde als zur Wahlkampfzeit. In Lindau gar kann er sich derzeit seiner vielen neuen Mitstreiter kaum erwehren. Wer gestern noch in großen Gebäude- und Freizeitanlagen die beste Landschaftspflege sah (oder sich im »Wäsen-Krieg« klug bedeckt hielt), rettet heute, manchmal mit grünem Schaum vor dem Mund, den Bodensee.

Gut so. Ich heiße die neuen Freunde willkommen. Es ist nie zu spät für einen neuen Weg. (Vielleicht sorgen sie zum Einstand dafür, daß meinem nun beamteten Nachfolger am Stiftsplatz der landrätliche Maulkorb abgenommen wird.)

Nur: Wie lange wird dies Engagement dauern, wenn alsbald nach der Wahl wieder die berühmten »Sachzwänge«, sprich: die diskreten politischen Pressionen der Mächtigen, einsetzen werden?

Wäre ich Bürger Lindaus, ich hielte mich, statt an Wahlkampfgeschrei, an Beweisbares. Es war Josef Steurers persönlicher, aus politischer Unabhängigkeit geborener Mut, der letztlich den »Wäsen-Krieg«, diese wahre Nagelprobe auf kommunalpolitische Bürgernähe, zugunsten der Uferlandschaft entschied: Steurer akzeptierte den sichtbar gewordenen Mehrheitswillen der Lindauer.

Dies, und nur dies allein, machte den langjährigen OB-Favoriten auch der CSU zum heutigen Prügelknaben ihrer Wahlkämpfer: Der Apparat rächt sich. Sachpolitik? Machtpolitik.

In einer bis zum Bürgerekel zerstrittenen Parteienlandschaft ist die Unabhängigkeit eines Kommunalpolitikers ein kostbares Gut.

Ihr

Horst Stern

Morgen, Donnerstag, den 11. März, 20.00 Uhr in der Inselhalle

Kundgebung mit OB Josef Steurer und Ehrengast Dr. Horst Stern

OB Steurer wurde 1982 wiedergewählt

Einst in Lindau geplantes Jugendbildungszentrum in Babenhausen eröffnet

Schwabens neue Bildungsstätte Treffpunkt junger Menschen aus dem In- und Ausland

LZ, Mo. 6. 10. 86

Von unserem Korrespondenten

BABENHAUSEN (ba) - Bayerns erstes Jugend-Begegnungszentrum, die „Jugend- und Begegnungsstätte Schwaben“, ist am Wochenende im Fuggermarkt Babenhausen mit einem Veranstaltungszyklus locker und jugendgerecht eröffnet worden. Nach dem offiziellen Festakt überraschte Schwabens Jugend mit einem attraktiven Programm, das von folkloristischen Tanz- und Gesangsdarbietungen aus verschiedenen Regionen des Regierungsbezirks und heiteren Aktionen mit prominenten Politikern (Bezirkstagspräsident Dr. Georg Simnacher und sein Vize Edwin Huber aus Lindau sangen mit den Bezirksräten „aus voller Brust“ das Lied von der „Schwäb'schen Eisebahn“) bis zu einer romantisch-phantastischen Abschlußrede reichte.

Simnacher bezeichnete bei dem Festakt vor etwa 500 geladenen Gästen aus dem In- und Ausland die neue Bildungsstätte als die jugendgerechte Antwort des schwäbischen Bezirks auf die Anforderungen der Gegenwart und als neues Modell für die künftige Jugendarbeit. Das Haus sei aber auch ein Begegnungszentrum, wo nicht nur bayerisch-schwäbische junge Menschen, sondern auch Jugendliche aus dem benachbarten Baden-Württemberg, aus Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich und vor allem aus dem französischen Partnerschaftsdepartement Mayenne zusammenkommen sollten.

Bezirksjugendringvorsitzender Jürgen Reichert erinnerte an die vielen Schwierigkeiten, die mit der Verwirklichung des Projekts verbunden waren – von den ursprünglichen, später hauptsächlich aus Naturschutzgründen zurückgezogenen Bauplänen in Lindau, wo dem Bezirk das für die Errichtung der Begegnungsstätte vorgesehene 4,6 Hektar große Seeufer-Gelände heute noch gehöre, bis zum Umbau des Gebäudes der Babenhausener Wirtschaftsschule.

Der vorbildlichen und in Bayern einmaligen Kooperation zwischen Bezirk und Jugendring in Schwaben sei es zu danken, betonte der Präsident des Bayerischen Jugendrings, Dr. Robert Sauter, daß alle in den 16 Jahren der Vorbereitung mitunter unüberwindlich scheinenden Hindernisse auf dem Weg zu der Jugendbildungsstätte in Babenhausen ausgeräumt werden konnten. Beide Institutionen hätten bei dem Projekt viel Phantasie und Arbeitskraft investiert.

„Der Schwerpunkt der Aufgaben einer Jugendbildungsstätte, die sich mit Schulen und Hochschulen nicht vergleichen will, liegt im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit“, erklärte Kultusminister Maier. Zum Zielkonzept einer solchen Einrichtung gehört vorrangig die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Jugendleiter, von denen es in Bayern allein mehr als 100 000 gebe. Die Staatsregierung wisse die Arbeit dieser ehrenamtlichen Jugendleiter zu würdigen; sie habe deshalb bei der Fortschreibung 1986 des bayerischen Jugendprogramms der Förderung für Maßnahmen der Mitarbeiter-

bildung einen deutlichen Schwerpunkt gesetzt und die Zuschußsätze aufgestockt.

Neben den speziellen Lehrgängen zur Mitarbeiterbildung müßten – so forderte Maier weiter – in der Bildungsstätte aber auch Maßnahmen der allgemeinen Jugendarbeit besonders gepflegt werden. Auf dem Grundstück einer ehemaligen Landwirtschaftsschule mit den noch bestehenden Gewächshäusern und Gartenanlagen biete sich geradezu an, die Umwelterziehung in die konzeptionellen Überlegungen für die Jugendarbeit einzubeziehen.

Als drittes Aufgabenfeld der Jugendbildungsstätten nannte der Minister die Begegnung zwischen Jugendlichen aus dem In- und Ausland. Maier: „Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß zum Wesen eines gebildeten Menschen auch der Blick über die Grenze, die Fähigkeit und die Bereitschaft zur vorurteilsfreien Begegnungen mit anderen Völkern und Kulturen gehört.“ Letztlich sei in das Aufgabenbuch der neuen Jugendtreffs auch noch die Notwendigkeit zur Begegnung zwischen den Generationen zu schreiben. Vor allem der viel beschworene Dialog zwischen Politikern und Jugend könnte nirgendwo besser stattfinden, als in der Jugendbildungsstätte Babenhausen.

Den Schlüssel für das neue Haus hatten Fallschirmspringer aus Biberach in ihrem Gepäck. Simnacher freute sich besonders über diesen Gruß aus der Luft. Viel Beachtung fand zur Eröffnung die Schau von 70 Bildern, Skulpturen und Kunstobjekten von Schülern aus 13 schwäbischen Gymnasien. In einer Sonderausstellung zeigten die Kreis- und Stadtjugendringe des Regierungsbezirks Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Uferpark Wäsen

Naturschützer sind glücklich

LINDAU (bw)-Der Bund Naturschutz (BN) ist im Landkreis ein kritischer Mahner, wenn es um Belange der Natur geht. Jetzt lobt der BN den neu gestalteten Uferpark Wäsen zwischen Villa Leuchtenberg und Campingplatz Zech in den höchsten Tönen. „Das ausgereifte Konzept lässt keine Ansprüche offen“, sagt BN-Kreisvorsitzender Erich Jörg.

In einer Exkursion hat die Lindauer Kreisgruppe des Bundes Naturschutz den neu angelegten Uferpark begutachtet und beglückwünscht die Stadt Lindau: Es sei ihr gelungen, die hochsensible und hochwertige Uferlandschaft so „sanft, behutsam und rücksichtsvoll“ so zu gestalten, dass sich Natur- und Landschaftsschutz und die Bedürfnisse von Menschen, an den See gehen oder baden oder sich erholen, nicht stören, schreibt Erich Jörg an Oberbürgermeisterin Petra Seidl.

Erfreut stellen die Naturschützer fest, dass Wanderwege nirgends asphaltiert worden sind und „angenehm mit der Umgebung“ verschmelzen. Richtig sei es auch gewesen, zwei Feuerstellen einzurichten, „um die unkontrollierbaren Lagerfeuer am gesamten Ufersaum zu unterbinden“,

schreibt Jörg. Positiv aufgefallen seien auch zwei neue Teiche, die sich jedoch noch mit Wasser füllen müssten.

Begeistert zeigen sich die Naturschützer davon, dass Baumgruppen in einem größeren Abschnitt sich selbst überlassen bleiben und aus ökologischen Gründen keine Eingriffe und Fällungen vorgenommen würden. „Das natürliche Werden und Vergehen im Walde wird hier beispielhaft gepflegt. Viele bedrohte Vogelarten und Kleinlebewesen werden sich ungestört ansiedeln können und einen für sie reichhaltigen Lebensraum vorfinden“, fasst Jörg zusammen.

Die BN-Kreisgruppe dehnt das Lob auch auf die Lindauer Bevölkerung aus, die sich 1979 beim „Wäsenkrieg“ engagiert hat: „Man kann die Bürger nicht genug preisen, die sich mit so großer Leidenschaft gegen die Massivbebauung östlich des Wankelgebäudes gewehrt haben. Hätten sich damals die Betreiber durchgesetzt, hätte ein Uferpark in dieser stolzen und beeindruckenden Form heute nicht entstehen können.“

Getrübt worden sei die Exkursion leider durch herumliegenden Müll und durch Feuerstellen, die Besucher trotzdem am Ufer eingerichtet haben.

NACHRUF

Der BUND Naturschutz in Bayern e. V. (BN)
trauert um sein Ehrenmitglied

Herrn Dr. h. c. Horst Stern

Herr Dr. Stern war in den 1970er- und 1980er-Jahren ein Pionier des Natur- und Tierschutzes in Deutschland. Seine Fernsehsendungen „Sterns Stunde“ wurden zur Legende. Er war 1975 Mitbegründer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND). Zusammen mit dem Hubert Weinzierl, Professor Bernhard Grzimek, dem Konrad Lorenz und anderen gründete er die „Gruppe Ökologie“ als intellektuelle Zelle der Ökologiebewegung.

Auch im Landkreis Lindau hat er tiefe Spuren hinterlassen: Die BN-Kreisgruppe Lindau und er verhinderten durch den Kauf von Sperrgrundstücken die Erschließung der Rohrschlucht. Er gab den Anstoß für die Ausweisung des Naturschutzgebietes „Wasserburger Bucht“. Sein emotionaler Protest auf einer BN-Versammlung 1981 führte zu einer deutlichen Verringerung des Feriendorfes Alwind in Seenähe bei Wasserburg.

Unvergesslich ist jedoch seine Großtat von 1979, mit vielen Gleichgesinnten unter dem Motto „Am See Natur und nicht Beton“ am Lindauer Bodenseeufer am „Wäsen“ eine Massivbebauung zu vereiteln.

Sein Vermächtnis daraus, den Bodenseeraum nicht immer weiter zu verbauen, wird leider wenig befolgt. Wir sind sicher: Niemals hätte er dem Großprojekt Therme nahe des „Wäsen“ zugestimmt. Sein Geist leitete uns, dies am Seeufer abzulehnen.

Wir verneigen uns vor seinem Lebenswerk. Es ist zeitlos, für Gegenwart und Zukunft, aktueller denn je.

Seinen Familienangehörigen gilt unser tiefes Mitgefühl.

Für den Vorstand der Kreisgruppe Lindau (Bodensee)
Erich Jörg, Kreisvorsitzender

LZ 29.1.19



Impressum:

BUND Naturschutz in Bayern e. V. (BN)

Kreisgruppe Lindau (Bodensee)

Lotzbeckweg 1

88131 Lindau (Bodensee)

Tel. 08382/887564

lindau@bund-naturschutz.de

als Herausgeber.

V. i. S. d. P.: Erich Jörg, 1. Vorsitzender
der Kreisgruppe Lindau (Bodensee)

Gestaltung: Klaus Burger, Erich Jörg, Isolde Miller, alle BN Lindau

Quellennachweise:

Presseberichte Lindauer Zeitung (LZ), Zeitschrift „Ebbes“, Bezirk Schwaben, Archiv
DAV-Sektion Lindau, Archiv BN, Privatunterlagen Erich Jörg

Gedruckt auf Umweltpapier

Ausgabe 2019